

# Landespflegebericht

- Daten, Analysen und Perspektiven zur Altenpflege -





# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
I. Einführung	6
II. Pflege älterer Menschen im Land	7
III. Pflege in den Regionen	16
IV. Im Fokus: Erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz	27
V. Beschäftigte in der Altenpflege	31
VI. Prävalenz der Pflegebedürftigkeit	40
VII. Ausblick	42
Literaturhinweise	46
Abbildungsverzeichnis	47
Tabellenverzeichnis	48



## Vorwort

Es ist eine erfreuliche Entwicklung, dass immer mehr Menschen ein hohes Alter bei immer besserer geistiger und körperlicher Gesamtverfassung erlangen. Dennoch steigt aufgrund des demografischen Wandels die Zahl älterer Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf. Prioritäres Ziel der Landesregierung ist es, dass – dem Wunsch der älteren Menschen entsprechend – sie so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben, dort notwendige Pflege- und Unterstützungsleistungen erhalten und sich mit ihren vorhandenen Fähigkeiten in das gesellschaftliche Leben einbringen können. Genauso wichtig ist es, in ausreichender Anzahl und großer Vielfalt teilstationäre und vollstationäre Angebote im Lande vorzuhalten sowie alternative Wohnformen zu etablieren, in denen ältere Menschen bei Pflegebedarf ein neues Zuhause finden und so selbstbestimmt wie möglich leben können.

Die sozialpolitische und gesellschaftliche Herausforderung der nächsten Jahrzehnte liegt darin, den demografischen Wandel zu gestalten. Die sogenannten geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1965 nähern sich dem Rentenalter und gleichzeitig sinkt der Anteil jüngerer Menschen. Der Wandel der Altersstruktur hat Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche und wird die individuelle, familiäre, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten merklich beeinflussen. Dieser demografische Wandel geht alle an, erfordert den Mut und den Willen, eingefahrene Versorgungs- und Pflegevorstellungen zu verlassen und sich – unabhängig vom eigenen Lebensalter – aktiv in ein sozialraumbezogenes und generationsübergreifendes Unterstützungsnetzwerk einzubringen.

Eine gute Pflege- und Unterstützungsstruktur für ältere Menschen mit Pflegebedarf muss auf die konkreten Bedarfe vor Ort ausgerichtet sein und die sozialen und räumlichen Lebensbedingungen miteinbeziehen. Hierfür ist es wichtig, zukünftig die Rolle der Kommunen in ihren Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten zu stärken.

Dieser Landespflegebericht auf der Grundlage der Pflegestatistik bildet eine geeignete Datengrundlage für die notwendige Diskussion über erforderliche Entwicklungsschritte und Maßnahmen in Schleswig-Holstein. Hieraus lassen sich Schlussfolgerungen für zukünftige Bedarfe ableiten, können regionale Besonderheiten separat ins Auge gefasst und Umsteuerungserfordernisse erkannt werden.

**Kristin Alheit**



# I. Einführung

**Ziel dieses Berichts ist es, eine umfassende Datengrundlage zu Pflegebedarf, Inanspruchnahme von Leistungen, Versorgungsangeboten und personeller Ausstattung in Einrichtungen und Diensten in Schleswig-Holstein zu schaffen sowie die Entwicklung in diesen Bereichen darzustellen. Zu vielen Einzelaspekten werden differenzierte Daten für die Kreise und kreisfreien Städte vorgelegt. Damit wird als weiteres Ziel verfolgt, eine Grundlage für die regional und landesweit notwendige Diskussion und Entscheidungsfindung für eine zukunftsfähige, sozialraumorientierte Weiterentwicklung der Unterstützungs- und Pflegestrukturen zu schaffen.**

Im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die pflegerische Versorgung schreibt die Soziale Pflegeversicherung - Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) den Ländern, Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen die Aufgabe zu, durch enge Zusammenarbeit eine leistungsfähige, regional gegliederte, ortsnahe und aufeinander abgestimmte pflegerische Versorgung zu gewährleisten. Nach den Bestimmungen des Landespflegegesetzes haben die Kreise und kreisfreien Städte in eigener Verantwortung die pflegerische Versorgungsstruktur sicherzustellen.

In die persönliche Entscheidung für eine pflegerische Unterstützungsform fließen in hohem Maße individuelle und soziale Faktoren sowie Aspekte der Lebenssituation und des Wohnumfeldes mit ein. Dadurch entstehen vor Ort Bedarfe und Entwicklungen, die zum Teil aus sachlicher und fachlicher Sicht nicht zu begründen und zu erwarten sind. Deshalb hält die Landesregierung eine sozialraumorientierte und an den Lebenslagen der Menschen in einem Stadtteil, einer Gemeinde oder einem Dorf ausgerichtete Infrastrukturplanung für erforderlich und zukunftsweisend. Der jetzt vorgelegte Landespflegebericht ist ein Beitrag zur Förderung dieser Entwicklung. Für sich allein betrachtet lassen sich aus den einzelnen Daten nicht direkt Aussagen zu Bedarfen, zur Bedarfsdeckung oder eventuellen Versorgungslücken sowie zu Ursachen oder Gründen für bestimmte Ergebnisse und Entwicklungen herleiten. Die Gesamtheit der vorliegenden Daten und ihre Entwicklungslinien sind ein notwendiger Ausgangspunkt, um Ist-Situationen zu verstehen, Zusammenhänge herzustellen und regionale Gegebenheiten oder Besonderheiten aufzuzeigen. Sie bilden eine fundierte Basis für eine ortsnahe, sozialräumliche Planung einerseits und können andererseits Erkenntnisse für die Landesentwicklungsstrategie liefern.

Der Landespflegebericht wurde überwiegend auf der Grundlage der Daten der Pflegestatistik erstellt. Es werden daher nur formal festgestellte Leistungsansprüche aus der Pflegeversicherung erfasst und abgebildet. Die Pflegestatistik wird seit 1999 zweijährlich von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt. Aktuellste Daten sind die Daten der Pflegestatistik 2013, die zum 15.12.2013, bzw. für den Bereich Pflegegeld zum 31.12.2013, erhoben wurden. Die Daten für Schleswig-Holstein wurden Ende 2014 vom Statistikamt Nord aufbereitet und zusammengestellt. Soweit in diesem Bericht eine Entwicklung auf der Grundlage der Daten der Pflegestatistik dargestellt wird, betrifft dies in der Regel den Zeitraum 2001 bis 2013.

Die Daten in diesem Bericht beziehen sich auf Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung. Das sind pflegebedürftige Personen der Pflegestufen I, II und III sowie erstmals in der Pflegestatistik 2013 Versicherte ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz. Für den letztgenannten Personenkreis besteht seit dem 1.01.2013 ein Anspruch auf Leistungen bei häuslicher Pflege. Die Pflegestatistik 2013 liefert hierzu differenzierte Daten. Die Erweiterung der Leistungsansprüche ist einerseits im Rahmen der Interpretation der Daten, insbesondere im Vergleich zu früheren Jahren, zu berücksichtigen und fokussiert andererseits ein zunehmend wichtiges Entwicklungsfeld adäquater Unterstützungs- und Entlastungsstrukturen.

Zum Thema „Demenz“ hat der schleswig-holsteinische Landtag in seiner Tagung im Februar 2013 beschlossen, einen Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen zu lassen. Damit soll eine Demenzstrategie entwickelt werden, die Situation und Lebensqualität für Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen zu verbessern, die Gesellschaft für das Thema zu sensibilisieren und sich in einem abgestimmten Vorgehen gemeinsam der demografischen Entwicklung zu stellen. Der Demenzplan für Schleswig-Holstein soll 2016 vorgelegt werden. Im vorliegenden Landespflegebericht werden im Abschnitt IV die Daten aus der Pflegestatistik zu Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz dargestellt.

## II. Pflege älterer Menschen im Land

### Im Überblick

- Rund 87.800 Menschen in Schleswig-Holstein erhalten Leistungen der Pflegeversicherung.
- Fast 61 Prozent der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger werden zu Hause betreut.
- 40 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger werden regelmäßig ausschließlich von Angehörigen versorgt (Pflegegeldempfängerinnen und Pflegegeldempfänger).
- Im Zeitraum 2001 bis 2013 ist die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger um fast 14 Prozent gestiegen; davon sind fast 7 Prozent auf die Erweiterung der Leistungsansprüche für Menschen ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz zurückzuführen.
- In den Kreisen und kreisfreien Städten beträgt die „Pflegequote“, also der Anteil der Leistungsemp-

fängerinnen und Leistungsempfänger an der Bevölkerung, zwischen 2,4 und 3,6 Prozent; im Landesdurchschnitt 2,9 Prozent (ohne Berücksichtigung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz).

- Fast 52 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger sind 80 Jahre und älter.
- Ab einem Alter von 75 Jahren erhalten Frauen häufiger Leistungen der Pflegeversicherung als gleichaltrige Männer.
- Gut 40 Prozent der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger sind schwer oder schwerst pflegebedürftig (29 Prozent Pflegestufe II, 11 Prozent Pflegestufe III).

### Pflegesituation und Entwicklung - Landesdaten -

Im Dezember 2013 gab es in Schleswig-Holstein fast 87.800 Personen, die Leistungen der Pflegeversicherung erhielten. Das entsprach einem Anteil von 3,1 Prozent an der Gesamtbevölkerung von rd. 2,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.

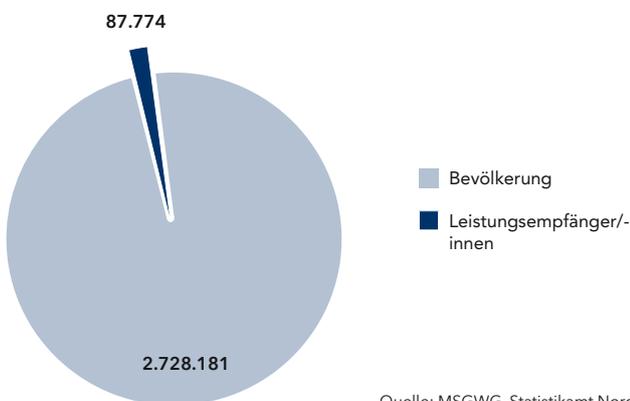
Die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ist größer als die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf, die einer der drei Pflegestufen zugeordnet sind. Leistungsansprüche haben auch Menschen, bei denen eine erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz festgestellt wurde, deren Pflegebedarf jedoch noch unterhalb der Pflegestufe I liegt.

Mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und eines neuen Begutachtungsassessments sollen

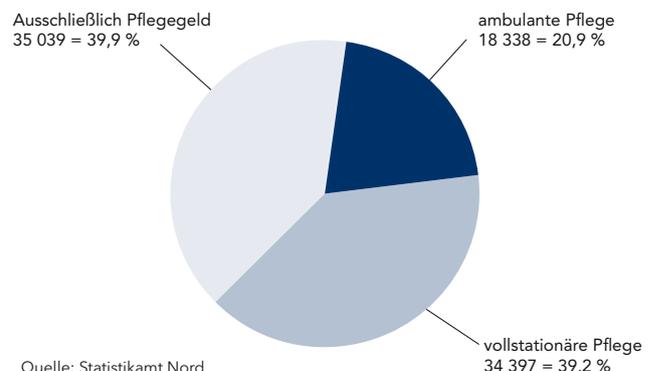
künftig alle relevanten Aspekte von Pflegebedürftigkeit erfasst werden, unabhängig davon, ob diese auf körperliche, psychische oder kognitive Beeinträchtigungen zurückzuführen sind. Eine gesonderte Feststellung, ob eine erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz vorliegt, wird dann nicht mehr erfolgen. Maßgeblich für die Einstufung wird zukünftig der Grad der Selbständigkeit einer Person in allen pflegerelevanten Bereichen. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff soll zum 1. Januar 2017 wirksam werden.

### Drei von fünf Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern wurden zu Hause betreut

Hinsichtlich der Art der Pflegeleistung bildeten Personen, die ausschließlich Pflegegeld erhielten, mit gut 35.000 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern die größte Gruppe. Rund 40 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger wurden damit regelmäßig ausschließlich durch Angehörige pflegerisch versorgt.



Grafik 1: Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein 2013



Grafik 2: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Art der Pflegeleistung

Gut 18.300 Menschen – fast 21 Prozent der Gesamtzahl – nahmen ambulante Pflege in Anspruch, d.h. die Betreuung wurde – teilweise oder ganz – durch in Schleswig-Holstein ansässige ambulante Pflegedienste erbracht. Gut 39 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger (nicht ganz 34.400 Personen) wurden im Dezember 2013 in vollstationären Pflegeeinrichtungen versorgt.

**Fasst man die beiden Gruppen Pflegegeldempfängerinnen und Pflegegeldempfänger sowie durch ambulante Pflegedienste Betreute zusammen, dann wurden in Schleswig-Holstein fast 61 Prozent aller in der Pflegestatistik erfassten Personen zu Hause betreut. Diese Zahl zeigt die Wichtigkeit des landespolitischen Ziels, die häusliche Pflege zu stärken und pflegende Angehörige zu entlasten.**

### Deutlicher Anstieg seit 2001

Im Vergleich zu 2001 hat sich die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung in Schleswig-Holstein um etwas mehr als 10.700 Personen erhöht, das entspricht einer Zunahme von fast 14 Prozent. Fast die Hälfte dieses Anstiegs geht

allerdings darauf zurück, dass die Leistungen der Pflegeversicherung erweitert wurden. In der Pflegestatistik 2013 werden erstmals Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe erfasst, die eine erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz aufweisen. Lässt man diesen Personenkreis außer Betracht, dann stieg die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf zwischen 2001 und 2013 um etwas mehr als 5.600 Personen oder etwa sieben Prozent. Um die Ergebnisse für 2013 mit den Zahlen von 2001 vergleichen zu können, ist in der Tabelle 2 zusätzlich die Entwicklung dargestellt ohne Einbeziehung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz.

#### Zum Vergleich:

**Im Zeitraum 2001 bis 2013 stieg die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf (Pflegestufe I - III) um etwas mehr als 7 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerung in Schleswig-Holstein um etwas mehr als 11.700 Menschen angestiegen (0,4 Prozent). Die Altersstruktur der Bevölkerung hat sich jedoch verschoben: Die Bevölkerung im Alter von 75 und mehr Jahren ist im Zeitraum 2001 bis 2013 um gut 35 Prozent gestiegen (76.631 Menschen).**

### Regional unterschiedliche Entwicklung 2001 bis 2013

Gebiet	Leistungsempfängerinnen/ Leistungsempfänger			
	Anzahl		Veränderung	
	2001	2013	absolut	in %
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>77 055</b>	<b>87 774</b>	<b>10 719</b>	<b>13,9</b>
Flensburg	2 625	2 696	71	2,7
Kiel	5 888	6 164	276	4,7
Lübeck	6 560	6 973	413	6,3
Neumünster	2 401	2 960	559	23,3
Dithmarschen	3 717	4 375	658	17,7
Herzogtum Lauenburg	5 456	6 526	1 070	19,6
Nordfriesland	3 693	4 718	1 025	27,8
Ostholstein	6 280	7 213	933	14,9
Pinneberg	6 587	8 896	2 309	35,1
Plön	3 736	3 783	47	1,3
Rendsburg-Eckernförde	7 325	7 732	407	5,6
Schleswig-Flensburg	5 985	6 187	202	3,4
Segeberg	6 405	7 969	1 564	24,4
Steinburg	4 192	4 551	359	8,6
Stormarn	6 205	7 031	826	13,3

Tabelle 1: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten – 2013 **einschließlich** Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz

Quelle: Statistikamt Nord

Gebiet	Leistungsempfängerinnen/ Leistungsempfänger			
	Anzahl		Veränderung	
	2001	2013	absolut	in %
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>77 055</b>	<b>82 692</b>	<b>5 637</b>	<b>7,3</b>
Flensburg	2 625	2 371	- 254	-9,7
Kiel	5 888	5 780	- 108	-1,8
Lübeck	6 560	6 499	- 61	-0,9
Neumünster	2 401	2 788	387	16,1
Dithmarschen	3 717	4 156	439	11,8
Herzogtum Lauenburg	5 456	6 216	760	13,9
Nordfriesland	3 693	4 443	750	20,3
Ostholstein	6 280	6 860	580	9,2
Pinneberg	6 587	8 404	1 817	27,6
Plön	3 736	3 626	- 110	-2,9
Rendsburg-Eckernförde	7 325	7 316	- 9	-0,1
Schleswig-Flensburg	5 985	5 845	- 140	-2,3
Segeberg	6 405	7 448	1 043	16,3
Steinburg	4 192	4 307	115	2,7
Stormarn	6 205	6 633	428	6,9

Tabelle 2: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten - 2013 **ohne** Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz

Quelle: Statistikamt Nord

Zwischen den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten zeigen sich deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger im Zeitraum 2001 bis 2013. Relativ gesehen war der Zuwachs im Kreis Pinneberg mit fast 28 Prozent am höchsten, danach folgten Nordfriesland (Zunahme um gut 20 Prozent) sowie der Kreis Segeberg und die Stadt Neumünster (jeweils gut 16 Prozent). Demgegenüber verzeichneten die anderen drei kreisfreien Städte und drei Kreise einen Rückgang: In Kiel, Lübeck, Plön, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg gab es 2013 jeweils eine Abnahme von bis zu drei Prozent, in Flensburg war der Rückgang mit fast zehn Prozent am höchsten.

**Laut Statistikamt Nord lässt sich kein direkter statistischer Zusammenhang zwischen dieser regional unterschiedlichen Entwicklung der Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger und der unterschiedlichen Veränderung der Bevölkerungszahl in den Kreisen und kreisfreien Städten aufzeigen. Das Fehlen eines linearen Zusammenhangs unterstreicht die Bedeutung der sozialräumlichen Planung. Entsprechend der regionalen Situation ergeben sich unterschiedliche Bedarfe.**

### Pflegequote in den Regionen

Setzt man die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, erhält man die sogenannte Pflegequote. Nach den Ergebnissen der Pflegestatistik 2013 betrug die Pflegequote im Jahr 2013 für Schleswig-Holstein 3,1 Prozent. Lässt man die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz außer Betracht, erhielten 2,9 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner Schleswig-Holsteins im Jahr 2013 Leistungen der Pflegeversicherung.

Die Höhe der Pflegequote in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten ist sehr unterschiedlich. Die Pflegequote betrug unter Einbeziehung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz zwischen 2,6 Prozent in Kiel und 3,8 Prozent in Neumünster. Ohne Einbeziehung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz bewegte sich die Pflegequote zwischen 2,4 Prozent in Kiel und dem höchsten Anteil von 3,6 Prozent in Neumünster.

Gebiet	2001	2013	
		ohne	mit
		Leistungsempfängerinnen/Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz ("Pflegestufe 0")	
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>2,7</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>
Flensburg	3,1	2,8	3,2
Kiel	2,5	2,4	2,6
Lübeck	3,1	3,1	3,3
Neumünster	3,0	3,6	3,8
Dithmarschen	2,7	3,1	3,3
Herzogtum Lauenburg	3,0	3,3	3,5
Nordfriesland	2,2	2,7	2,9
Ostholstein	3,1	3,5	3,6
Pinneberg	2,2	2,8	3,0
Plön	2,8	2,9	3,0
Rendsburg-Eckernförde	2,7	2,7	2,9
Schleswig-Flensburg	3,0	3,0	3,2
Segeberg	2,5	2,8	3,0
Steinburg	3,1	3,3	3,5
Stormarn	2,8	2,8	3,0

Tabelle 3: Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten (in %)

Quelle: Statistikamt Nord

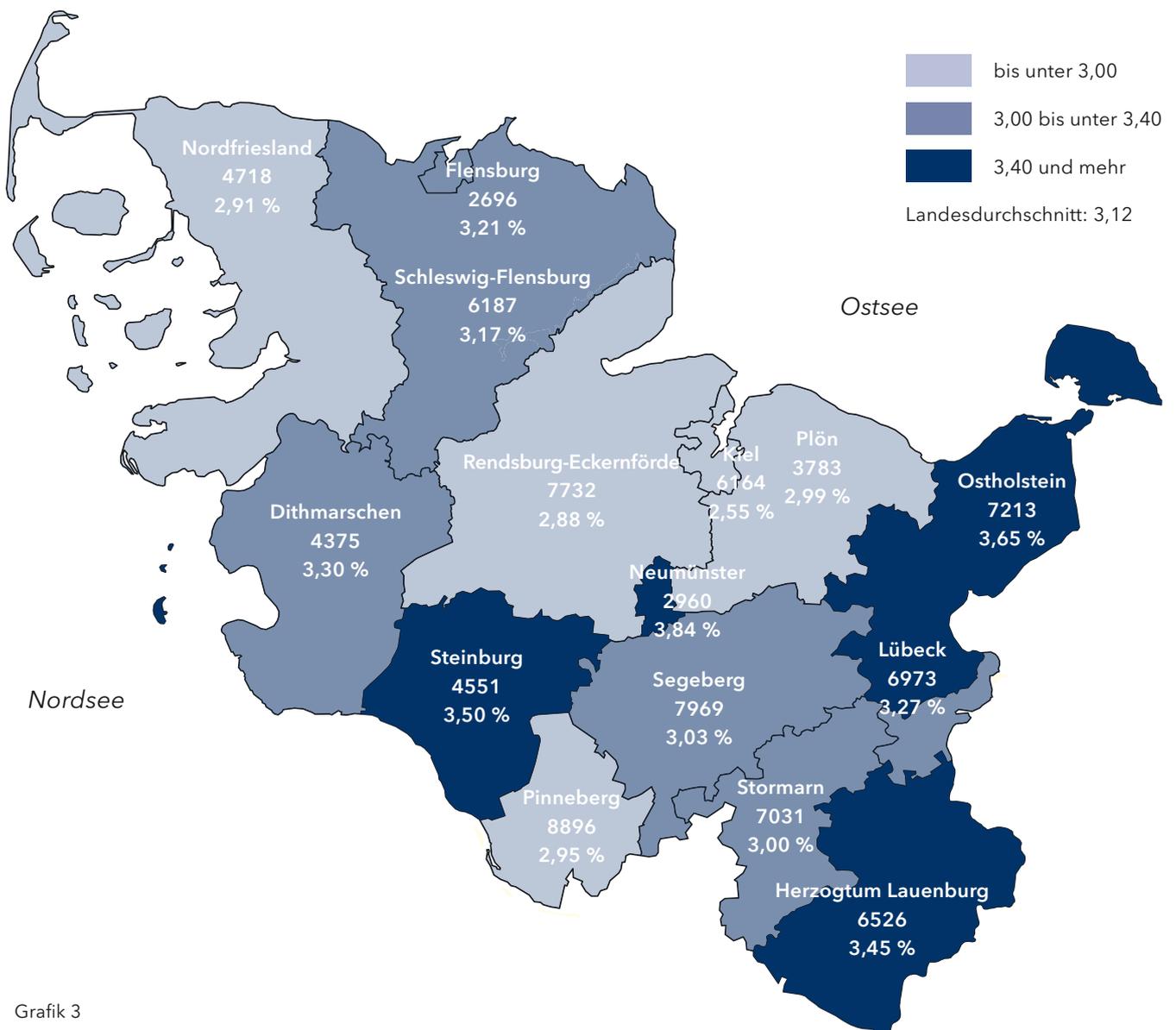
In der Schleswig-Holstein-Karte ist der Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der Bevölkerung in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes im Jahr 2013 dargestellt.

Lesebeispiel:

Kreis Plön: Die absolute Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung

einschließlich Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit eingeschränkter Alltagskompetenz im Kreis Plön betrug 3.783. Damit lag der Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger im Kreis Plön an der Bevölkerung im Kreis Plön bei 2,99 Prozent.

Anteil der Leistungsempfängerinnen und -empfänger (einschließlich Leistungsempfängerinnen und -empfänger ohne Pflegestufe, aber mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz) an der Bevölkerung in %



Grafik 3

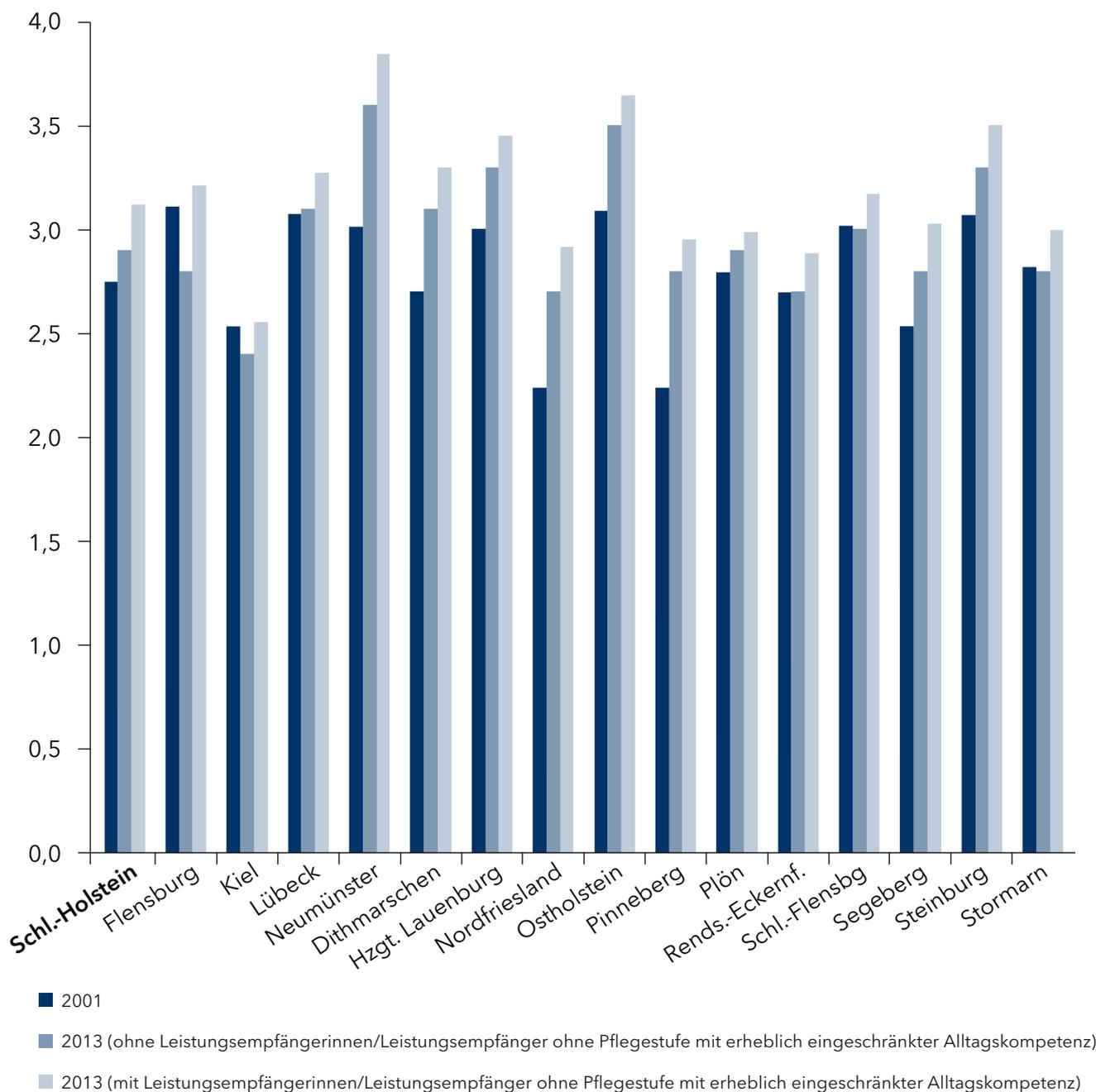
Quelle: Statistikamt Nord (Pflegestatistik 2013)  
© Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

### Entwicklung der Pflegequote 2001 bis 2013

Im Vergleich zu 2001 stieg der Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der Bevölkerung um 0,4 Prozentpunkte. Lässt man für den Vergleich mit 2001 die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz außer Betracht, dann stieg der Anteil

der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der Bevölkerung lediglich um 0,2 Prozentpunkte. Regional verlief die Entwicklung unterschiedlich: In neun Regionen (darunter acht Kreisen) war ein Anstieg der Quote zu verzeichnen, in Lübeck, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg und Stormarn blieb sie unverändert und in den zwei kreisfreien Städten Flensburg und Kiel war sie rückläufig.

#### Angabe in %



Grafik 4: Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der Bevölkerung in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten

Quelle: Statistikamt Nord

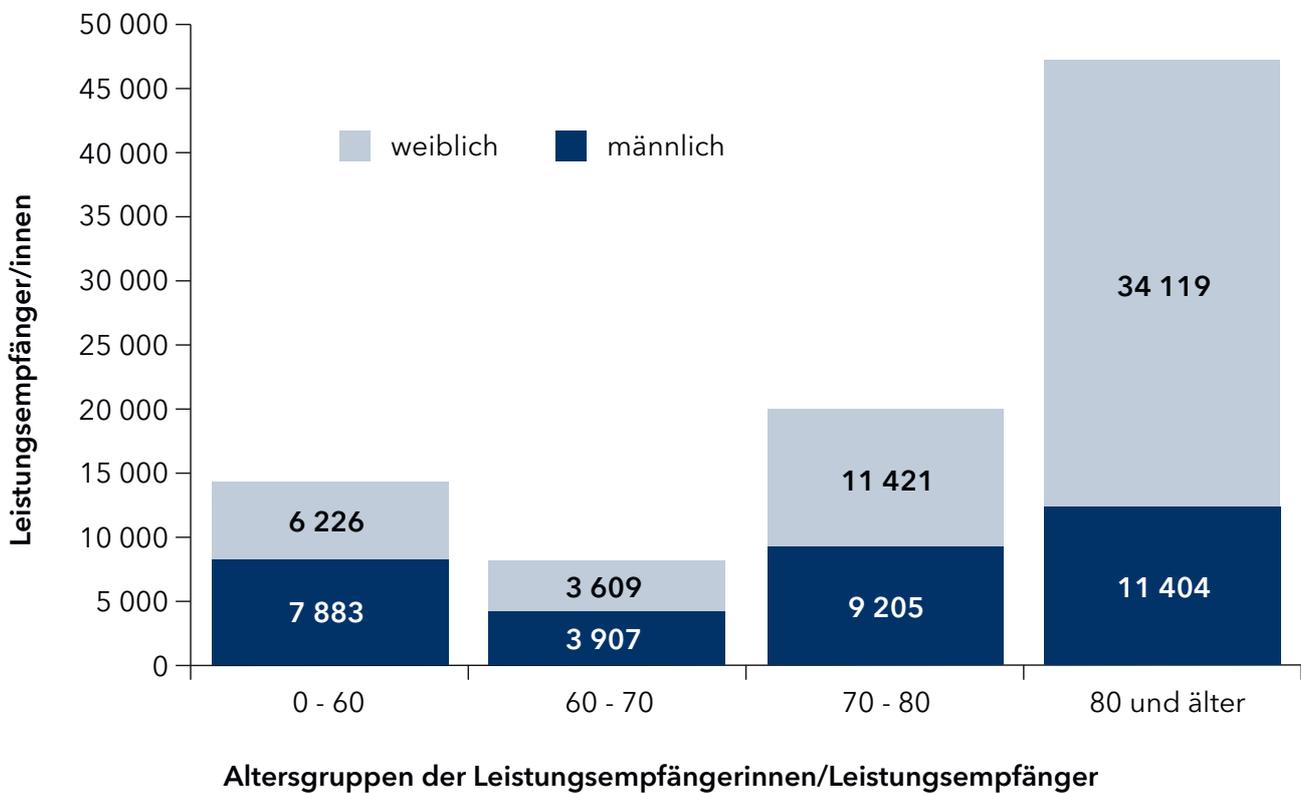
### Über die Hälfte der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ist 80 Jahre und älter - Frauen sind deutlich in der Mehrheit

Betrachtet man die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger (einschließlich der Personen ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz) im Dezember 2013 in der Gliederung nach Alter, dann zeigt sich, dass über die Hälfte (fast 52 Prozent) 80 Jahre oder älter waren. Knapp ein Drittel (32 Prozent) zählte zur Gruppe der 60- bis unter 80-jährigen und 16 Prozent waren jünger als 60 Jahre.

**63 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger waren Frauen. Während Frauen im Altersbereich bis 70 Jahre die Minderheit stellten, waren sie im hohen Lebensalter deutlich in der Mehrheit. Drei Viertel aller Menschen mit Pflegebedarf im Alter von 80 und mehr Jahren waren Frauen. Dies ergibt sich größtenteils aus der Bevölkerungsstruktur, da etwa zwei Drittel der Bevölkerung ab 80 Jahren Frauen sind.**

### Pflegebedürftigkeit steigt mit dem Alter

Mit der Pflegequote (Verhältnis Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung zur Bevölkerung) lässt sich differenziert aussagen, wie hoch der Anteil der Pflegebedürftigen in einer bestimmten Geschlechts- und Altersgruppe ist. Die Grafik zeigt, dass Pflegebedürftigkeit in jungen Jahren sehr selten ist. Bis zum Alter von 60 Jahren erhielten weniger als ein Prozent der Bevölkerung Leistungen aus der Pflegeversicherung. Ab etwa 65 Jahren steigt die Pflegequote mit zunehmendem Alter zunächst gering, dann aber zunehmend stärker an und erreicht bei den Personen ab 90 Jahren ihr Maximum. In dieser Altersgruppe bezogen knapp 61 Prozent der Bevölkerung Leistungen der Pflegeversicherung.

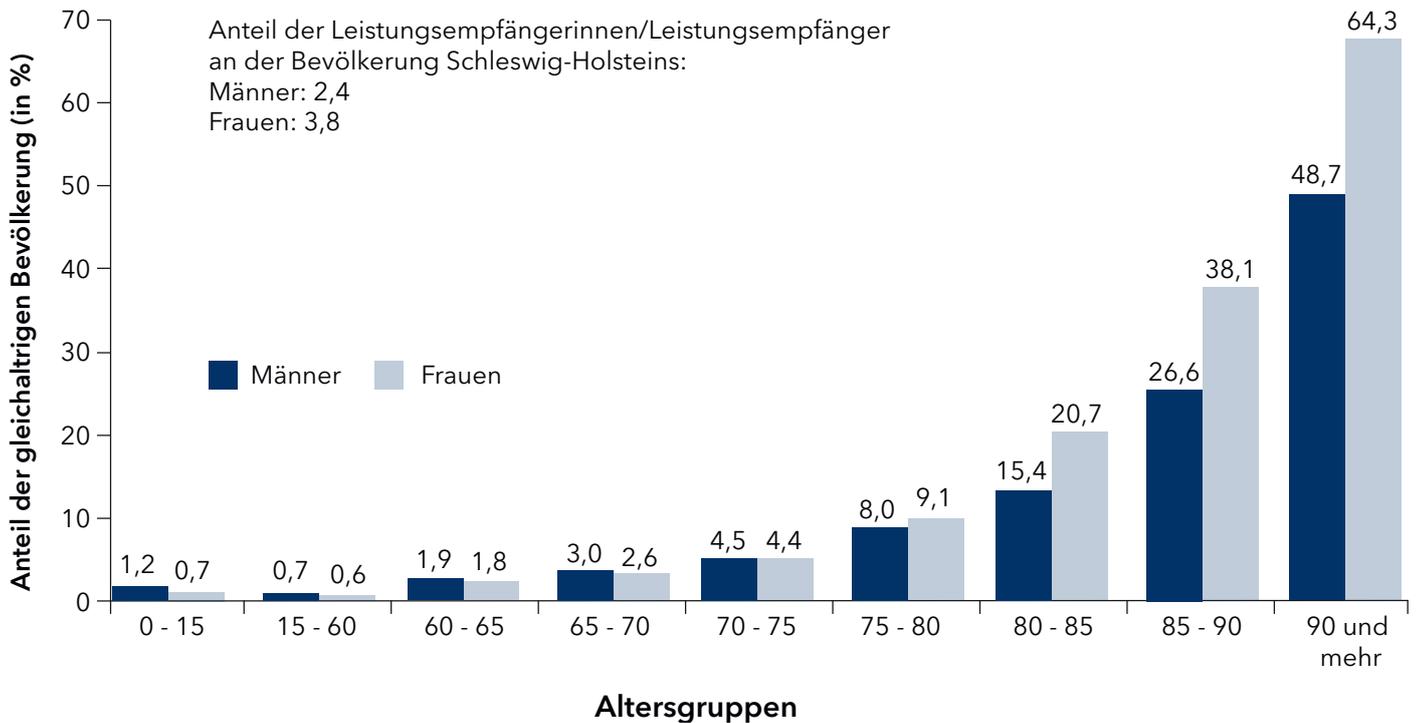


Grafik 5: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Altersgruppen und Geschlecht

Quelle: Statistikamt Nord

## Ältere Frauen sind häufiger pflegebedürftig als ältere Männer

Während bis zum Alter von 75 Jahren kaum Unterschiede zwischen den Pflegequoten der weiblichen und männlichen Bevölkerung bestehen, erhielten Frauen im höheren Lebensalter durchweg häufiger Leistungen der Pflegeversicherung als gleichaltrige Männer. Beispielsweise belief sich die Pflegequote der 85 bis unter 90jährigen Männer auf knapp 27 Prozent, die der gleichaltrigen Frauen dagegen auf gut 38 Prozent. Dies dürfte mindestens zum Teil auf die unterschiedlichen Lebensumstände zurückzuführen sein. Im Vergleich zur männlichen Bevölkerung gleichen Alters leben ältere Frauen häufiger allein, da ihre meist älteren Ehemänner/Partner aufgrund der niedrigeren Lebenserwartung von Männern häufig schon verstorben sind. Männer können dagegen öfter noch von ihren meist jüngeren Ehefrauen/Partnerinnen versorgt werden, so dass – so kann vermutet werden – die Inanspruchnahme von Pflegeversicherungsleistungen zeitweise unterbleibt.



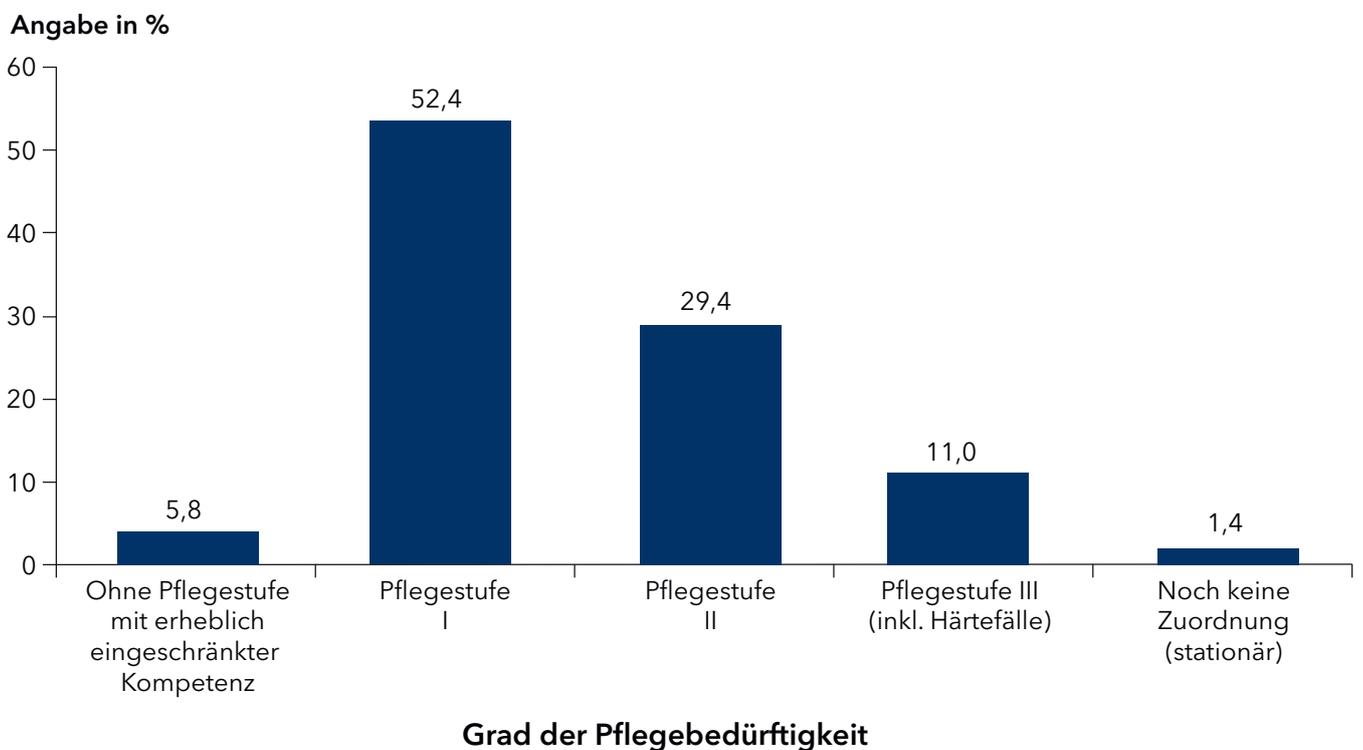
Grafik 6: Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung in Schleswig-Holstein 2013 nach Altersgruppen und Geschlecht

Quelle: Statistikamt Nord

## Über die Hälfte aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger sind in Pflegestufe I

Betrachtet man den festgestellten Pflegebedarf, dann waren über 52 Prozent der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in der Pflegestufe I (erheblich Pflegebedürftige) und gut 29 Prozent in der Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige) eingestuft. 11 Prozent hatten die höchste Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige).

Die etwas mehr als ein Prozent der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet waren, wurden in vollstationären Pflegeeinrichtungen versorgt und haben Leistungen der Pflegeversicherung beantragt. Knapp sechs Prozent hatten keine Pflegestufe und erhielten aufgrund erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz Leistungen aus der Pflegeversicherung.



Grafik 7: Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Grad der Pflegebedürftigkeit

Quelle: Statistikamt Nord

## III. Pflege in den Regionen

### Im Überblick

- In den Kreisen geht die Entwicklung hin zu größeren ambulanten Pflegediensten.
- In den Kreisen (Ausnahme Schleswig-Flensburg) und kreisfreien Städten ist die Zahl der vollstationären Pflegeplätze gestiegen, seit 2001 landesweit insgesamt um 21 Prozent.
- Beim Anteil der stationär Versorgten gibt es große regionale Unterschiede. Die Spanne reicht von knapp 33 bis etwas über 45 Prozent.
- Die Möglichkeit zur Kombination von Geld- und Sachleistungen wird noch wenig genutzt – nur knapp 13 Prozent aller zu Hause Versorgten nehmen neben Pflegegeld auch ambulante Pflege in Anspruch.
- 40 Prozent der stationär Versorgten sind in Pflegestufe I eingestuft (13.800 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger).

Die Kreise und kreisfreien Städte haben eine gesetzlich geregelte Sicherstellungsverantwortung für eine den örtlichen Bedürfnissen entsprechende pflegerische Versorgungsstruktur. Für eine sozialraumorientierte Analyse und Planung stehen differenzierte regionale Daten zur Verfügung. Für die Planungen bedeutet die Orientierung am Sozialraum, am Quartier, ein Umdenken. Es geht nicht mehr um die Bereitstellung oder Verbesserung einzelner Versorgungsangebote wie bei der traditionellen Pflegebedarfsplanung. Quartiersorientierung ist bestrebt, aus dem Blickwinkel des Alltagslebens älterer Menschen Selbstbestimmung, Teilhabe, Unterstützung und Pflege bedarfsgerecht zu gestalten. Dies erfordert eine enge regionale Kooperation und Abstimmung mit allen Beteiligten.

### Ambulante Versorgungsangebote

Für die Versorgung der Menschen mit Pflegebedarf in ihrer häuslichen Umgebung standen in den Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein 407 ambulante Pflegedienste zur Verfügung. Die 407 ambulanten Pflegedienste betreuten 2013 insgesamt 18.338 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger.

Die größte Zahl an Pflegediensten gab es mit 43 im Kreis Pinneberg sowie in Kiel und im Kreis Herzogtum Lauenburg (jeweils 38). Am geringsten war ihre Zahl mit jeweils elf in Flensburg und im Kreis Plön. Im Durchschnitt versorgte ein in Schleswig-Holstein ansässiger Pflegedienst 45 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger. Auf regionaler Ebene gab es deutliche Abweichungen von diesem Wert. Die Spannweite reichte von 39 Betreuten je Pflegedienst in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Ostholstein bis zu 69 im Kreis Plön.

### Weniger, aber größere Pflegedienste vor allem in den Kreisen

Im Vergleich zum Dezember 2001 hat sich Gesamtzahl der ambulanten Pflegedienste im Land um 21 verrin-

gert. Gleichzeitig erhöhte sich die durchschnittliche Zahl der Betreuten je Pflegedienst um neun. Wenn man die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe, aber mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz außer Acht lässt, lag die Zunahme bei fünf Betreuten.

**Die ambulanten Pflegedienste sind weniger und gleichzeitig größer geworden. Die Gesamtzahl der durch ambulante Pflegedienste betreuten Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger hat sich von 15.239 im Jahr 2001 um gut 20 Prozent auf 18.338 erhöht.**

Bei regionaler Betrachtung gab es 2013 – mit Ausnahme der Kreise Dithmarschen und Pinneberg – in den Kreisen weniger Pflegedienste als 2001. Die Zunahme der Durchschnittsgröße war in den Kreisen besonders ausgeprägt. Demgegenüber blieb in den kreisfreien Städten die Zahl der Pflegedienste nahezu unverändert oder stieg sogar leicht an, wobei die Durchschnittsgröße nur wenig zunahm. In den Kreisen haben sich in der Vergangenheit, auch wegen der oft längeren Fahrtzeiten im ländlichen Raum, zum Teil kleinere ambulante Dienste zusammengeschlossen, um eine wirtschaftlichere Größe zu erreichen. Direkte Schlüsse auf die Versorgungssituation lassen sich aus diesen Zahlen nicht herleiten. Zugelassene Pflegeeinrichtungen (d. h. Pflegeeinrichtungen, mit denen ein Versorgungsvertrag besteht) sind grundsätzlich verpflichtet, in ihrem Einzugsbereich die pflegerische Versorgung der Versicherten sicherzustellen.

Gebiet	Ambulante Pflegedienste insgesamt		Leistungsempfängerinnen/Leistungsempfänger <sup>1)</sup> je Pflegedienst		Ambulante Pflegedienste insgesamt - Veränderung absolut -	Leistungsempfängerinnen/Leistungsempfänger je Pflegedienst - Veränderung absolut -
	2001	2013	2001	2013	2001 bis 2013	
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>428</b>	<b>407</b>	<b>36</b>	<b>45</b>	<b>- 21</b>	<b>9</b>
Flensburg	11	11	70	73	0	3
Kiel	36	38	41	42	2	1
Lübeck	29	29	36	41	0	5
Neumünster	9	12	48	49	3	1
Dithmarschen	16	22	42	40	6	- 2
Herzogtum Lauenburg	39	38	31	39	- 1	8
Nordfriesland	33	29	26	40	- 4	14
Ostholstein	42	33	24	39	- 9	15
Pinneberg	41	43	31	49	2	18
Plön	19	11	44	69	- 8	25
Rendsburg-Eckernförde	35	34	35	48	- 1	13
Schleswig-Flensburg	27	25	55	55	- 2	0
Segeberg	34	30	29	41	- 4	12
Steinburg	24	21	31	44	- 3	13
Stormarn	33	31	39	44	- 2	5

Tabelle 4: Ambulante Pflegedienste und durchschnittlich betreute Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten

<sup>1)</sup> 2013 einschließlich Leistungsempfängerinnen/ Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz

Quelle: Statistikamt Nord

Eine zunehmende Bedeutung für die ambulante Pflege und insgesamt für den Erhalt der eigenen Häuslichkeit hat die Lebens- und Wohnsituation älterer Menschen. Der Anteil älterer Menschen, die in Singlehaushalten leben, steigt an. Für die Gefährdung des Lebens in der eigenen Häuslichkeit scheint allerdings nicht das Merkmal „alleinlebend“ ausschlaggebend zu sein, sondern Krisensituationen, die z. B. aufgrund von Stürzen oder nach einer Krankenhausentlassung entstehen.

**Im Jahr 2011 waren in Schleswig-Holstein 37 Prozent der Alleinlebenden 65 Jahre oder älter. Davon wohnte jeder Zweite in einer Gemeinde mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.000 und 10.000.**

**Der Landespflegeausschuss hat im Rahmen der Überlegungen zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur strategische Ziele zur Stärkung der häuslichen Pflege erarbeitet und sich dabei schwerpunktmäßig mit den Themen Krankenhausentlassung, ältere Menschen in Single-Haushalten und den Besonderheiten im ländlichen Raum befasst. Vorrangiger Handlungsbedarf wird dabei zunächst bei der Optimierung der Zusammenarbeit**

**der verschiedenen Akteure bei der Überleitung nach stationärer Krankenhausbehandlung in die häusliche Pflege gesehen, insbesondere auch für Menschen mit Pflegebedarf, die alleine leben.**

Von besonderer Bedeutung werden zukünftig Betreuungs- und Entlastungsangebote, Alltagshilfen, bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe sein. Ambulanten Pflegediensten kommt bei der Gestaltung und Beförderung einer kooperativen Zusammenarbeit, sogenannten Pflegemixen, eine besondere Rolle zu. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegedienste sind im Rahmen von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen hierfür zu sensibilisieren und zu befähigen.

### Stationäre Versorgungsangebote

In Schleswig-Holstein gab es im Dezember 2013 insgesamt 670 stationäre Pflegeeinrichtungen. Die meisten stationären Pflegeeinrichtungen gab es in den Kreisen Schleswig-Flensburg (68), Segeberg (65) und Rendsburg-Eckernförde (64). Die größte Zahl an vollstationären Plätzen gab es in den Kreisen Segeberg (fast 4.400 Plätze), Stormarn (fast 3.900) und Pinneberg (gut 3.800).

### Mehr und größere stationäre Pflegeeinrichtungen

Zwischen 2001 und 2013 ist die Zahl der stationären Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein um fast 14 Prozent oder 80 Einrichtungen gewachsen. Bei den vollstationären Pflegeplätzen war der Anstieg mit 21 Prozent (6.800 Plätze) noch höher. Folglich erhöhte sich die Durchschnittsgröße einer stationären Pflegeeinrichtung von 55 auf 59 Plätze je Einrichtung. Die Entwicklung hin zu größeren Einrichtungen vollzog sich in neun der 15 Kreise und kreisfreien Städte.

Aufgrund der Vereinbarung im Koalitionsvertrag der die Bundesregierung tragenden Parteien ist eine Bund-Län-

der-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege unter Leitung des Bundesgesundheitsministeriums eingerichtet worden. Die Arbeitsgruppe hat im Mai 2015 gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden Empfehlungen vorgelegt, mit denen die Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen bei der Pflege vor Ort gestärkt werden können. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe sollen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zum SBG XI und SGB XII mit einbezogen werden.

**Die Auslastung der verfügbaren Plätze in stationären Pflegeeinrichtungen betrug zum 15.12.2013 in der vollstationären Dauerpflege 86,2 Prozent (unter Einbeziehung der Personen ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz). Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Pflege durch Versorgungsvertrag sind im SGB XI geregelt. Sind die dort genannten Voraussetzungen erfüllt, besteht ein Anspruch auf Abschluss eines Versorgungsvertrages, unabhängig davon, ob in der Region ein entsprechender Bedarf besteht.**

Gebiet	Stationäre Pflegeeinrichtungen insgesamt		Verfügbare Plätze			
			für vollstationäre Pflege			
			zusammen		je 1000 Einwohnerinnen/ Einwohner ab 65 Jahren	
			2001	2013	2001	2013
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>590</b>	<b>670</b>	<b>32 708</b>	<b>39 508</b>	<b>68</b>	<b>63</b>
Flensburg	14	17	967	1 088	64	63
Kiel	28	36	1 536	2 328	40	53
Lübeck	34	44	2 840	3 518	66	72
Neumünster	14	17	1 186	1 238	82	72
Dithmarschen	30	33	1 371	1 777	53	57
Herzogtum Lauenburg	49	56	2 005	2 560	64	62
Nordfriesland	37	40	1 427	1 820	49	49
Ostholstein	44	55	2 767	3 575	69	69
Pinneberg	47	59	3 157	3 819	65	58
Plön	19	27	1 055	1 379	46	44
Rendsburg-Eckernförde	62	64	2 983	3 317	67	55
Schleswig-Flensburg	60	68	2 968	2 927	90	66
Segeberg	62	65	3 826	4 380	102	79
Steinburg	44	31	1 852	1 909	80	67
Stormarn	46	58	2 768	3 873	75	73

Tabelle 5: Stationäre Pflegeeinrichtungen und darin verfügbare Plätze sowie darin verfügbare Plätze je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter ab 65 Jahren in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten

Quelle: Statistikamt Nord

## Überdurchschnittliches vollstationäres Pflegeangebot vor allem in Lübeck, Neumünster, Segeberg, Stormarn und Ostholstein

Der demografische Wandel führt zu einer Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 65 und mehr Jahren hat sich in Schleswig-Holstein im Zeitraum 2001 bis 2013 deutlich erhöht (30 Prozent). Auch wenn im gleichen Zeitraum die Zahl der zur Verfügung stehenden vollstationären Pflegeplätze um 21 Prozent gestiegen ist, hat sich das Angebot an vollstationären Pflegeplätzen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 65 und mehr Jahren verringert, und zwar von 68 zur Verfügung stehenden Plätzen in 2001 auf 63 in 2013. Dennoch hat Schleswig-Holstein im Vergleich zum Durchschnittswert für Deutschland (ca. 51 verfügbare vollstationäre Plätze) eine deutlich höhere Zahl vollstationärer Plätze je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner ab 65 Jahren.

Um das Angebot an stationärer Pflege regional vergleichen zu können, wird die Zahl der Plätze für vollstationäre Pflege auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 65 und mehr Jahren bezogen (stationäre Versorgungsquote). Für das gesamte Land gesehen

entfielen auf 1000 ältere Einwohnerinnen und Einwohner 63 Pflegeplätze. In den kreisfreien Städten Lübeck und Neumünster lag das Angebot mit jeweils 72 vollstationären Plätzen deutlich höher. Ein stark überdurchschnittliches Angebot an vollstationären Plätzen gibt es auch in den an Hamburg grenzenden Kreisen Segeberg (79) und Stormarn (73) sowie im Kreis Ostholstein (69). Demgegenüber kamen im Kreis Plön auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 65 und mehr Jahren 44 Pflegeplätze.

Insgesamt lag die Kennzahl in sieben Gebieten über und in sieben Gebieten unter dem Landesdurchschnitt.

### Zahl der Plätze je Einwohner rückläufig

Ein Rückgang der stationären Versorgungsquote war in zehn der 15 Kreise und kreisfreien Städte zu beobachten. Besonders ausgeprägt war die Abnahme im Kreis Segeberg, wo sich das Pflegeplatzangebot von 102 auf 79 je 1000 ältere Einwohnerinnen und Einwohner verringerte. Gemessen an der Zahl der vollstationären Pflegeplätze je 1000 der ab 65jährigen Bevölkerung haben sich die Unterschiede bei den stationären Pflegekapazitäten zwischen den Kreisen vermindert.



### Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger

Hilfe-, Unterstützungs- und Pflegeangebote sollen den Menschen bedarfsgerecht und vor allem wohnortnah zur Verfügung stehen. Durch Vernetzung und Verzahnung differenzierter Angebote können dann individuelle, passgenaue, flexible und durchlässige Unterstützungs- und Pflegearrangements organisiert werden.

**Im Landespflegebericht sind nach Alter, Geschlecht, Pflegestufe und Pflegeleistung differenzierte Daten für die Kreisebene (kreisfreie Städte und Kreise) zusammengestellt worden, die eine spezifische Betrachtung einzelner Aspekte für kommunalpolitische Entscheidungen zur sozialraumorientierten Strukturentwicklung ermöglichen sollen.**



Gebiet	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger <sup>1)</sup>				
	insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		0 - 60	60 - 70	70 - 80	80 und älter
insgesamt					
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>87 774</b>	<b>14 109</b>	<b>7 516</b>	<b>20 626</b>	<b>45 523</b>
Flensburg	2 696	423	237	644	1 392
Kiel	6 164	1 120	600	1 416	3 028
Lübeck	6 973	975	582	1 649	3 767
Neumünster	2 960	532	280	714	1 434
Dithmarschen	4 375	647	371	1 026	2 331
Herzogtum Lauenburg	6 526	1 030	501	1 579	3 416
Nordfriesland	4 718	711	352	1 056	2 599
Ostholstein	7 213	1 081	646	1 674	3 812
Pinneberg	8 896	1 359	775	2 163	4 599
Plön	3 783	563	264	870	2 086
Rendsburg-Eckernförde	7 732	1 247	698	1 770	4 017
Schleswig-Flensburg	6 187	1 208	534	1 405	3 040
Segeberg	7 969	1 503	721	1 869	3 876
Steinburg	4 551	832	427	1 145	2 147
Storman	7 031	878	528	1 646	3 979

Tabelle 6: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Altersgruppen und Kreisen und kreisfreien Städten

<sup>1)</sup> 2013 einschließlich Leistungsempfängerinnen/ Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz

Gebiet	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger <sup>1)</sup>				
	insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		0 - 60	60 - 70	70 - 80	80 und älter
<b>männlich</b>					
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>32 399</b>	<b>7 883</b>	<b>3 907</b>	<b>9 205</b>	<b>11 404</b>
Flensburg	970	234	124	294	318
Kiel	2 283	616	305	591	771
Lübeck	2 467	514	292	713	948
Neumünster	1 123	303	143	306	371
Dithmarschen	1 666	368	196	485	617
Herzogtum Lauenburg	2 393	553	274	700	866
Nordfriesland	1 715	405	194	460	656
Ostholstein	2 751	609	360	806	976
Pinneberg	3 196	743	391	940	1 122
Plön	1 362	304	149	388	521
Rendsburg-Eckernförde	2 822	679	354	777	1 012
Schleswig-Flensburg	2 377	688	262	656	771
Segeberg	3 042	885	365	844	948
Steinburg	1 735	483	234	524	494
Stormarn	2 497	499	264	721	1 013
<b>weiblich</b>					
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>55 375</b>	<b>6 226</b>	<b>3 609</b>	<b>11 421</b>	<b>34 119</b>
Flensburg	1 726	189	113	350	1 074
Kiel	3 881	504	295	825	2 257
Lübeck	4 506	461	290	936	2 819
Neumünster	1 837	229	137	408	1 063
Dithmarschen	2 709	279	175	541	1 714
Herzogtum Lauenburg	4 133	477	227	879	2 550
Nordfriesland	3 003	306	158	596	1 943
Ostholstein	4 462	472	286	868	2 836
Pinneberg	5 700	616	384	1 223	3 477
Plön	2 421	259	115	482	1 565
Rendsburg-Eckernförde	4 910	568	344	993	3 005
Schleswig-Flensburg	3 810	520	272	749	2 269
Segeberg	4 927	618	356	1 025	2 928
Steinburg	2 816	349	193	621	1 653
Stormarn	4 534	379	264	925	2 966

Tabelle 7: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Geschlecht, Altersgruppen und Kreisen und kreisfreien Städten

<sup>1)</sup> 2013 einschließlich Leistungsempfängerinnen/ Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz

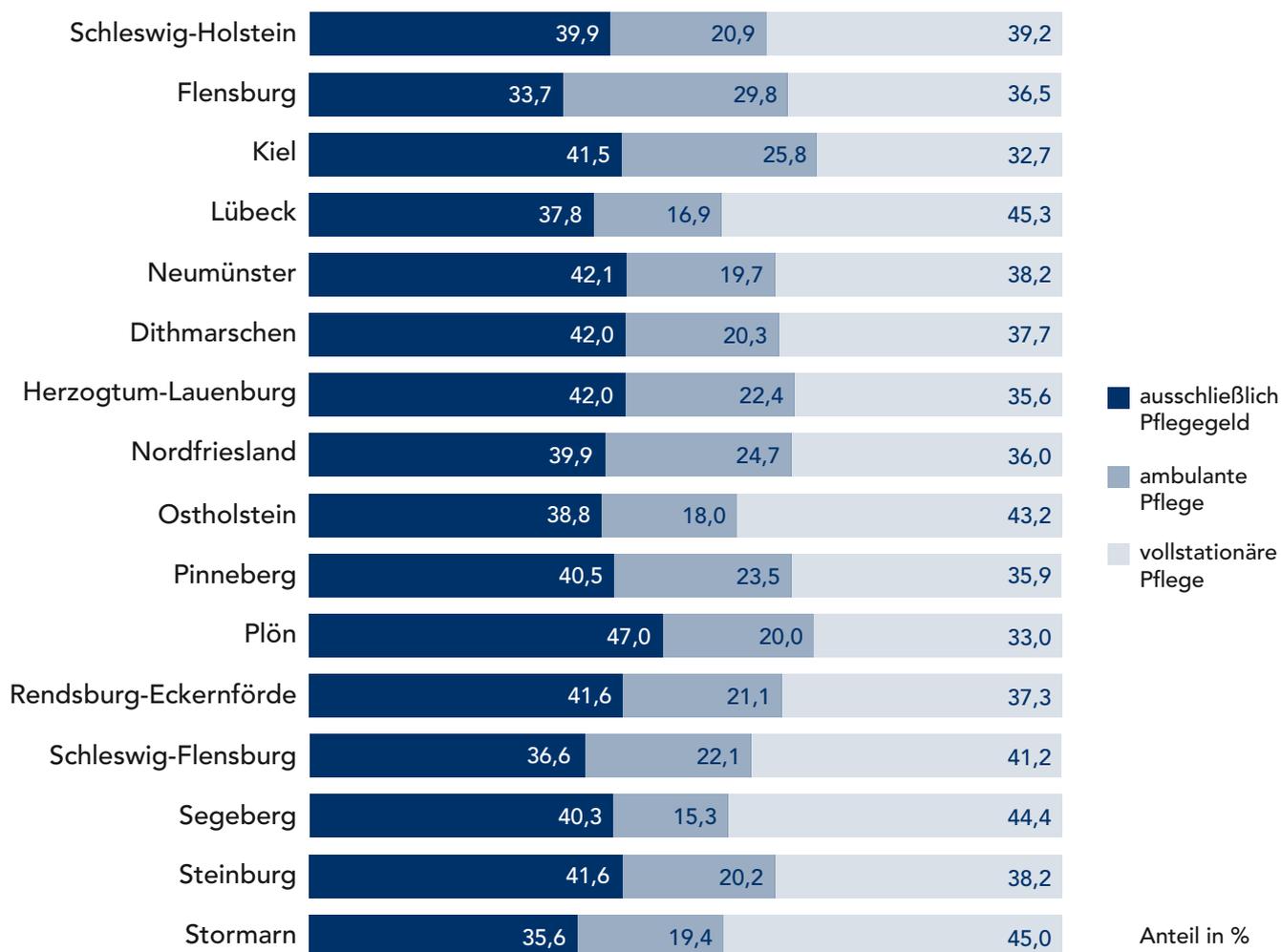
Quelle: Statistikamt Nord

### Art der Pflegeleistung

Von allen Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern Schleswig-Holsteins wurden 2013 gut 39 Prozent vollstationär in Pflegeheimen versorgt. In den Kreisen und kreisfreien Städten lag dieser Wert fünfmal über- und zehnmal unter dem Landesdurchschnitt. Den höchsten Anteil vollstationär versorgter Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger wies Lübeck mit gut 45 Prozent auf. In den Kreisen Stormarn (45 Prozent), Segeberg (gut 44 Prozent) und Ostholstein (etwas mehr als 43 Prozent) war die Quote nur wenig niedriger. Deutlich geringer war der Anteil vollstationärer Pflege dagegen in Kiel und im Kreis Plön. Dort wurde jeweils rund ein Drittel der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger vollstationär betreut.

Vergleicht man die regionalen Unterschiede bei der stationären Versorgungsquote mit dem Angebot an verfügbaren vollstationären Pflegeplätzen (Pflegeplätze je 1000 der Bevölkerung ab 65 Jahren, vergleiche Tabelle 5), dann zeigt sich, dass in Gebieten mit einem relativ großen Pflegeplatzangebot der Anteil der in stationären Pflegeeinrichtungen versorgten Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger vergleichsweise hoch ist und umgekehrt.

Wegen der hohen Planungsbedeutung werden zusätzlich zur folgenden Grafik in Tabelle 8 die absoluten Zahlen genannt und darüber hinaus die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger, die Kombinationsleistungen (Geld- und Sachleistung) in Anspruch nehmen.



Grafik 8: Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Art der Pflegeleistung und Kreisen und kreisfreien Städten (in %)

Quelle: Statistikamt Nord

Es gilt: Je höher das Angebot an Pflegeplätzen ist, desto höher ist der Anteil der stationär versorgten Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger. Aus der Statistik lässt sich nicht ablesen, ob hier das Angebot die Nachfrage bedingt oder die regionale Verteilung stationärer Kapazitäten aus einem möglicherweise unterschiedlichen regionalen Bedarf resultiert. Die Daten bieten jedoch eine fundierte Basis für eine politische Diskussion über sozialräumliche Infrastrukturplanung und insbesondere die zukünftige Entwicklung in der stationären Versorgung im Zusammenhang mit der Schaffung weiterer ambulanter Angebote zur Stärkung der häuslichen Versorgung.

Zur Stärkung der häuslichen Pflege sollte die Möglichkeit der Kombination von Angehörigenpflege mit professioneller Pflege (Kombination von Geld- und Sachleistung) und die damit verbundene Chance zum längeren Verbleib in der eigenen Häuslichkeit in der Öffentlichkeit noch mehr bekannt gemacht werden. 2013 machten nur knapp 13 Prozent aller zu Hause Versorgten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Gebiet	Leistungsempfängerinnen/Leistungsempfänger <sup>1)</sup>			
	insgesamt	davon		nachrichtlich: Kombination von Geld- und Sachleistung <sup>2)</sup>
		ausschließlich Pflegegeld	ambulante Pflege	
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>87 774</b>	<b>35 039</b>	<b>18 338</b>	<b>6 780</b>
Flensburg	2 696	909	804	147
Kiel	6 164	2 557	1 589	438
Lübeck	6 973	2 635	1 177	372
Neumünster	2 960	1 247	583	185
Dithmarschen	4 375	1 836	889	365
Herzogtum Lauenburg	6 526	2 740	1 465	531
Nordfriesland	4 718	1 855	1 166	484
Ostholstein	7 213	2 797	1 301	504
Pinneberg	8 896	3 603	2 095	761
Plön	3 783	1 778	757	337
Rendsburg-Eckernförde	7 732	3 213	1 635	607
Schleswig-Flensburg	6 187	2 265	1 370	525
Segeberg	7 969	3 210	1 222	612
Steinburg	4 551	1 892	920	397
Stormarn	7 031	2 502	1 365	515

Tabelle 8: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Art der Pflegeleistung und Kreisen und kreisfreien Städten

<sup>1)</sup> einschließlich Leistungsempfängerinnen/ Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz

<sup>2)</sup> nur nachrichtlich, da die Anzahl dieser Leistungsempfängerinnen/ Leistungsempfänger bereits in der Anzahl der ambulant Pflegebedürftigen enthalten ist.

Ohne anteilige Leistungen bei Kurzzeit-/ Verhinderungspflege

Quelle: Statistikamt Nord

### 60 Prozent der zu Hause Versorgten haben Pflegestufe I

Von den in Schleswig-Holstein zu Hause durch Angehörige oder Pflegedienste versorgten Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern hatten gut 60 Prozent die Pflegestufe I, 25 Prozent die Pflegestufe II und nur knapp sieben Prozent die Pflegestufe III. Acht Prozent hatten keine Pflegestufe, aber erhielten Leistungen wegen erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz.

In regionaler Hinsicht gab es nur geringe Unterschiede bei der Verteilung auf diese vier Gruppen. In allen Kreisen und kreisfreien Städten entfielen deutlich mehr als die Hälfte der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger auf die Pflegestufe I.

Die Bandbreite reichte von gut 56 Prozent in der Stadt Flensburg bis zu fast 63 Prozent im Kreis Plön. Der Anteil der zu Hause Betreuten mit Pflegestufe III schwankte zwischen fünf Prozent in der Stadt Flensburg und acht Prozent im Kreis Schleswig-Flensburg.

Beim Anteil der Personen ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz fällt die Stadt Flensburg mit einem deutlich überdurchschnittlichen Wert von fast 18 Prozent auf. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass der dortige Pflegestützpunkt nach eigenen Angaben frühzeitig zu den Leistungsansprüchen bei eingeschränkter Alltagskompetenz berät, hierzu verstärkt Öffentlichkeitsarbeit macht sowie entsprechende Informationen im Arbeitskreis „Ambulante Pflege“ und im Arbeitskreis mit den Krankenhaussozialdiensten weiter gibt.

Gebiet	Leistungsempfängerinnen/Leistungsempfänger von ambulanten Leistungen und ausschließlich Pflegegeld								
	insgesamt	Grad der Pflegebedürftigkeit							
		ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz		Pflegestufe I		Pflegestufe II		Pflegestufe III (inkl. Härtefälle)	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>53 377</b>	<b>4 168</b>	<b>7,8</b>	<b>32 206</b>	<b>60,3</b>	<b>13 358</b>	<b>25,0</b>	<b>3 645</b>	<b>6,8</b>
Flensburg	1 713	305	17,8	965	56,3	357	20,8	86	5,0
Kiel	4 146	355	8,6	2 545	61,4	964	23,3	282	6,8
Lübeck	3 812	386	10,1	2 335	61,3	866	22,7	225	5,9
Neumünster	1 830	154	8,4	1 041	56,9	499	27,3	136	7,4
Dithmarschen	2 725	192	7,0	1 625	59,6	695	25,5	213	7,8
Herzogtum Lauenburg	4 205	278	6,6	2 627	62,5	1 022	24,3	278	6,6
Nordfriesland	3 021	223	7,4	1 756	58,1	810	26,8	232	7,7
Ostholstein	4 098	270	6,6	2 556	62,4	1 034	25,2	238	5,8
Pinneberg	5 698	406	7,1	3 336	58,5	1 545	27,1	411	7,2
Plön	2 535	144	5,7	1 589	62,7	633	25,0	169	6,7
Rendsburg-Eckernförde	4 848	362	7,5	2 959	61,0	1 187	24,5	340	7,0
Schleswig-Flensburg	3 635	281	7,7	2 105	57,9	960	26,4	289	8,0
Segeberg	4 432	320	7,2	2 716	61,3	1 101	24,8	295	6,7
Steinburg	2 812	194	6,9	1 659	59,0	743	26,4	216	7,7
Stormarn	3 867	298	7,7	2 392	61,9	942	24,4	235	6,1

Tabelle 9: Zu Hause versorgte Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Grad der Pflegebedürftigkeit und Kreisen und kreisfreien Städten (Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger von ambulanten Leistungen und von ausschließlich Pflegegeld)

Quelle: Statistikamt Nord

### 17 Prozent der stationär Versorgten haben Pflegestufe III

Von den in stationären Pflegeeinrichtungen lebenden Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern hatten gut 40 Prozent die Pflegestufe I und etwas mehr als 36 Prozent die Pflegestufe II. In die Pflegestufe III

waren gut 17 Prozent eingestuft und nicht ganz drei Prozent waren Personen ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz. Bei vier Prozent der vollstationär versorgten Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger war die Zuordnung, ob die Voraussetzungen der Pflegebedürftigkeit erfüllt sind und welche Stufe der Pflegebedürftigkeit vorliegt, noch nicht erfolgt.

Gebiet	Leistungsempfängerinnen/Leistungsempfänger von vollstationären Leistungen										
	insgesamt	Grad der Pflegebedürftigkeit									
		Ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz <sup>1)</sup>		Pflegestufe I		Pflegestufe II		Pflegestufe III (inkl. Härtefälle)		Noch keine Zuordnung	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>34 397</b>	<b>914</b>	<b>2,7</b>	<b>13 819</b>	<b>40,2</b>	<b>12 425</b>	<b>36,1</b>	<b>5 978</b>	<b>17,4</b>	<b>1 261</b>	<b>3,7</b>
Flensburg	983	20	2,0	424	43,1	357	36,3	139	14,1	43	4,4
Kiel	2 018	29	1,4	850	42,1	775	38,4	305	15,1	59	2,9
Lübeck	3 161	88	2,8	1 348	42,6	1 102	34,9	492	15,6	131	4,1
Neumünster	1 130	18	1,6	440	38,9	412	36,5	202	17,9	58	5,1
Dithmarschen	1 650	27	1,6	721	43,7	601	36,4	256	15,5	45	2,7
Herzogtum Lauenburg	2 321	32	1,4	885	38,1	831	35,8	491	21,2	82	3,5
Nordfriesland	1 697	52	3,1	665	39,2	641	37,8	267	15,7	72	4,2
Ostholstein	3 115	83	2,7	1 247	40,0	1 067	34,3	610	19,6	108	3,5
Pinneberg	3 198	86	2,7	1 198	37,5	1 220	38,1	573	17,9	121	3,8
Plön	1 248	13	1,0	477	38,2	492	39,4	203	16,3	63	5,0
Rendsburg-Eckernförde	2 884	54	1,9	1 164	40,4	1 049	36,4	497	17,2	120	4,2
Schleswig-Flensburg	2 552	61	2,4	1 074	42,1	929	36,4	444	17,4	44	1,7
Segeberg	3 537	201	5,7	1 383	39,1	1 186	33,5	660	18,7	107	3,0
Steinburg	1 739	50	2,9	678	39,0	615	35,4	345	19,8	51	2,9
Stormarn	3 164	100	3,2	1 265	40,0	1 148	36,3	494	15,6	157	5,0

Tabelle 10: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in vollstationärer Pflege („stationär Versorgte“) nach Grad der Pflegebedürftigkeit und Kreisen und kreisfreien Städten

<sup>1)</sup> Empfängerinnen/ Empfänger von zusätzlicher Betreuung gemäß § 87b SGB XI

Quelle: Statistikamt Nord

Auf Kreisebene variierte der Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Pflegestufe I zwischen knapp 38 Prozent in Pinneberg und fast 44 Prozent in Dithmarschen. Der Anteil der in Pflegestufe III Eingruppierten war in der Stadt Flensburg mit etwas mehr als 14 Prozent am geringsten und in Kreis Herzogtum Lauenburg mit gut 21 Prozent am höchsten. Mit Ausnahme der Kreise Pinneberg und Plön stellten die Personen mit Pflegestufe I in den Kreisen die größte Gruppe bei den stationär Versorgten.

Der Vergleich der zu Hause Versorgten mit den vollstationär versorgten Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern zeigt, dass vollstationär häufiger Menschen mit schwerer Pflegebedürftigkeit versorgt werden.

**Von den zu Hause versorgten Personen hatten gut 60 Prozent Pflegestufe I, in stationären Pflegeeinrichtungen dagegen etwas mehr als 40 Prozent. Der Anteil der Schwerstpflegebedürftigen (Pflegestufe III) belief sich bei den zu Hause Versorgten auf knapp sieben Prozent, in stationären Pflegeeinrichtungen auf gut 17 Prozent.**



© pressmaster - fotolia.com

## IV. Im Fokus: Erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz

### Im Überblick

- Bei 41 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ist die Alltagskompetenz erheblich eingeschränkt.
- Gut 14 Prozent der 35.600 Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz haben keine Pflegestufe (einen Pflegebedarf unterhalb der Pflegestufe I).
- Die Mehrheit der Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz lebt in stationären Pflegeeinrichtungen.
- Die Zahl der Tagespflegeplätze hat sich seit 2001 mehr als vervierfacht.

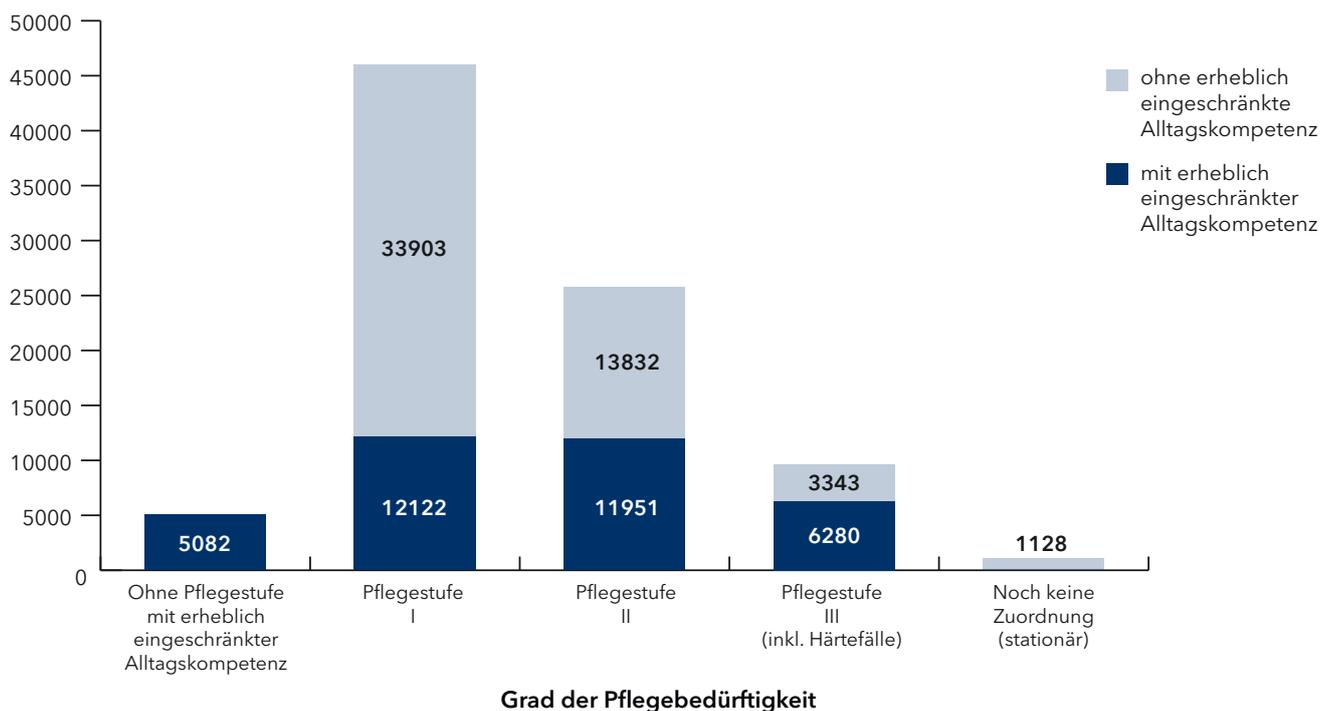
Demenzkrankungen werden immer mehr Teil unserer gesellschaftlichen Realität – quantitativ und im allgemeinen Bewusstsein. Seit 2002 gibt es im SGB XI neben der Einstufung in eine der drei Pflegestufen eine weitere Einstufung, die den besonderen Hilfe- und Betreuungsbedarf von Personen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen, geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen berücksichtigt. Im Rahmen der Begutachtung wird festgestellt, ob eine Erkrankung oder Behinderung Auswirkungen auf die Aktivitäten des täglichen Lebens hat, die dauerhaft zu einer erheblichen Einschränkung der Alltagskompetenz geführt haben. Auch Versicherte ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz haben seit dem 1. Januar 2013 im Rahmen einer Übergangsregelung – bis zur Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs – einen Anspruch auf Pflegegeld oder Pflegesachleistungen bzw. Kombinationsleistungen. Pflegebedürftige der Pflegestufen I bis III mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz erhalten bei häuslicher Pflege ein erhöhtes Pflegegeld und höhere Pflegesachleistungen.

**Mit der Pflegestatistik 2013 liegen jetzt Zahlen zu Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern vor, bei denen eine dauerhaft erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz festgestellt wurde.**

Seit dem 1. Januar 2015 haben Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz, die die Voraussetzungen für die Einstufung in eine der drei Pflegestufen nicht erfüllen, bei häuslicher Pflege zudem erstmals einen Anspruch auf Leistungen der Verhinderungspflege, der teilstationären Pflege und Kurzzeitpflege.

**Bei zwei Fünftel aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ist die Alltagskompetenz erheblich eingeschränkt**

Insgesamt wurde bei fast 35.600 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung in Schleswig-Holstein, das sind nicht ganz 41 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger, eine



Grafik 9: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Grad der Pflegebedürftigkeit

Quelle: Statistikamt Nord

erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz festgestellt. Von den Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern in Pflegestufe I hatten etwas mehr als 26 Prozent eine erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz, in Pflegestufe II lag der Anteil bei gut 46 Prozent und in Pflegestufe III bei über 65 Prozent.

**Zwei Drittel aller Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz haben Pflegestufe I oder II**

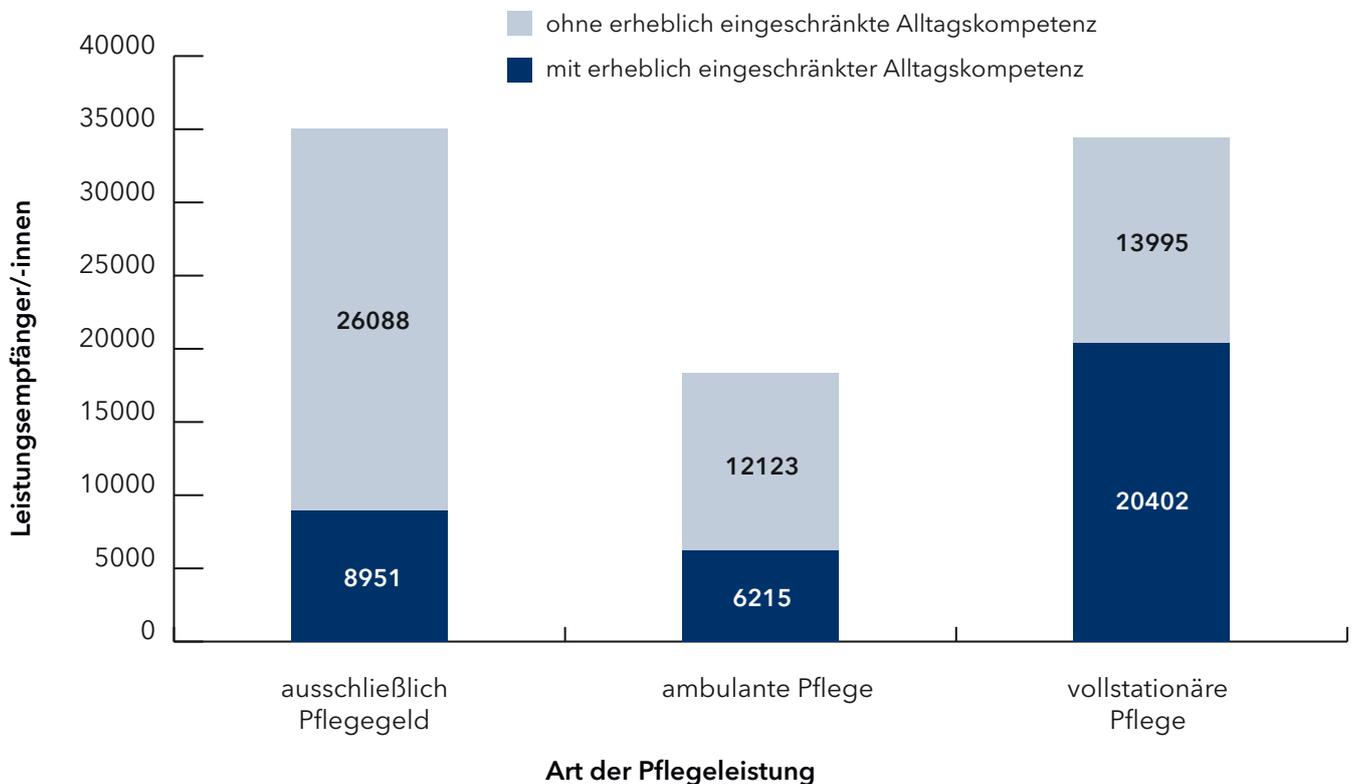
Betrachtet man die Verteilung auf die einzelnen Pflegestufen nur für die Gruppe der Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz, dann waren von den insgesamt knapp 35.600 Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in Schleswig-Holstein jeweils gut ein Drittel in der Pflegestufe I und der Pflegestufe II sowie knapp 18 Prozent in Pflegestufe III eingestuft. Etwas mehr als 14 Prozent hatten keine Pflegestufe, d.h. sie hatten einen Pflegebedarf unterhalb der Pflegestufe I und die Leistungen der Pflegeversicherung waren ausschließlich durch die erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz bedingt.

**57 Prozent der Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz leben in stationären Pflegeeinrichtungen**

Die Mehrheit (rund 57 Prozent) der Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz lebte in stationären Pflegeeinrichtungen. Etwa 43 Prozent wurden zu Hause betreut, dabei erhielten gut 25 Prozent ausschließlich Pflegegeld und etwas mehr als 17 Prozent Leistungen von ambulanten Pflegediensten.

Von den zu Hause versorgten Personen waren etwas mehr als 28 Prozent durch eine erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz beeinträchtigt. Bei ausschließlichem Bezug von Pflegegeld, d. h. Betreuung durch Angehörige, belief sich der Anteil auf knapp 26 Prozent, bei den durch ambulante Pflegedienste versorgten Personen auf fast 34 Prozent.

Demgegenüber waren erheblich alltagseingeschränkte Personen in stationären Pflegeeinrichtungen mit gut 59 Prozent deutlich in der Mehrheit.



Grafik 10: Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Art der Pflegeleistung

Quelle: Statistikamt Nord

## Versorgungsangebote für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz

Seit 2002 sind verschiedene Neuerungen zur Verbesserung der Versorgungssituation und Stärkung der häuslichen Pflege insbesondere für demenziell erkrankte Menschen in das SGB XI eingeführt worden. Im Vordergrund stand dabei, für pflegende Angehörige zusätzliche Möglichkeiten zur Entlastung zu schaffen und zugleich für die Menschen mit Pflegebedarf aktivierende und qualitätsgesicherte Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen.

Das sind insbesondere niedrigschwellige Betreuungsangebote für Menschen mit geistiger und psychischer Erkrankung, vor allem aber Menschen mit einer demenziellen Erkrankung, in denen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unter fachlicher Anleitung die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen in Gruppen oder im häuslichen Bereich übernehmen und pflegende Angehörige entlasten und beratend unterstützen. Seit 2002 sind in

Schleswig-Holstein über 200 anerkannte niedrigschwellige Betreuungsangebote entstanden; davon sind 140 Angebote für Menschen mit demenzbedingten Erkrankungen sowie ca. 60 Angebote für Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung.

Neben den ehrenamtlichen Betreuungsangeboten können auch zugelassene ambulante Dienste zusätzliche Betreuungsleistungen anbieten.

Zur Verbesserung der Betreuung für demenziell erkrankte Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen ist 2008 im SGB XI die Möglichkeit geschaffen worden, zusätzliche sozialversicherungspflichtige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Bereich der Betreuung einzustellen. Aufgabe der zusätzlichen Betreuungskräfte ist es insbesondere, in enger Zusammenarbeit mit den Pflegekräften demenziell erkrankte Bewohnerinnen und Bewohner bei alltäglichen Aktivitäten wie Spaziergängen, Gesellschaftsspielen oder Lesen zu motivieren, zu begleiten und zu unterstützen.

Gebiet	Ambulante Angebote		Stationäre Versorgung***	
	Pflegedienste mit Betreuungsangebot (nach § 45b SGB XI)*	anerkannte niedrigschwellige Betreuungsangebote**	Zahl der stationären Pflegeeinrichtungen	Personal für zusätzliche Betreuung in den Pflegeeinrichtungen (§ 87b SGB XI)
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>366</b>	<b>202</b>	<b>670</b>	<b>1 176</b>
Flensburg	10	12	17	31
Kiel	36	34	36	56
Lübeck	23	9	44	99
Neumünster	13	12	17	29
Dithmarschen	18	12	33	58
Herzogtum Lauenburg	30	8	56	75
Nordfriesland	28	16	40	64
Ostholstein	32	10	55	110
Pinneberg	39	14	59	117
Plön	9	6	27	53
Rendsburg-Eckernförde	25	17	64	110
Schleswig-Flensburg	21	10	68	92
Segeberg	28	23	65	121
Steinburg	22	13	31	64
Stormarn	32	6	58	97

Tabelle 11: Ambulante und stationäre Versorgungsangebote für Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in Schleswig-Holstein 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten.

\* Quelle: vdek, Stand 2014

\*\* Quelle: Landesamt für soziale Dienste, Stand 2014

\*\*\* Quelle: Statistikamt Nord

### Tagespflege wurde weiter ausgebaut

Nach Angaben der Pflegekassen standen in Schleswig-Holstein insgesamt fast 1.500 Plätze für Tagespflege zur Verfügung (Daten des vdek auf der Grundlage der Versorgungsverträge, Stichtag: 28.08.2014). Nach den Angaben der Pflegestatistik 2013 befanden sich davon 898 Plätze in solitären Tagespflegeeinrichtungen. 2001 gab es laut Pflegestatistik 205 verfügbare Plätze in solitären Tagespflegeeinrichtungen. Damit hat sich allein die Zahl der verfügbaren Plätze in solitären Tagespflegeeinrichtungen im Zeitraum 2001 bis 2013 mehr als vervierfacht.

Ein wesentlicher Grund für den Ausbau der Tagespflege war, dass die Leistungen der Pflegeversicherung in diesem Bereich 2008 deutlich angehoben wurden und sich damit die Attraktivität für die Tagespflegegäste und die Refinanzierungsmöglichkeiten für die Einrichtungen verbessert haben. Mit dem Ersten Pflegestärkungsgesetz 2015 werden die Leistungen für Tagespflege nicht mehr auf andere Leistungen bei häuslicher Pflege (z. B. das Pflegegeld) angerechnet, sondern zusätzlich gewährt. Damit werden weitere Anreize für die Inanspruchnahme von Tagespflege sowie für die Weiterentwicklung dieses Angebots gesetzt.

Gebiet	verfügbare Tagespflegeplätze*
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>1.485</b>
Flensburg	33
Kiel	159
Lübeck	46
Neumünster	60
Dithmarschen	47
Herzogtum Lauenburg	135
Nordfriesland	59
Ostholstein	79
Pinneberg	174
Plön	143
Rendsburg-Eckernförde	172
Schleswig-Flensburg	123
Segeberg	78
Steinburg	54
Stormarn	123

Tabelle 12: Tagespflegeplätze in Schleswig-Holstein nach Kreisen und kreisfreien Städten

\*Quelle: vdek, Stand 2014



## V. Beschäftigte in der Altenpflege

### Im Überblick

- Fast 75 Prozent der Beschäftigten in der Pflege arbeiteten in stationären Pflegeeinrichtungen.
- Die Gesamtzahl der Beschäftigten in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist von rund 30.300 im Jahr 2001 bis 2013 um gut 31 Prozent auf fast 39.800 gestiegen.
- Die Zahl der Pflegefachkräfte stieg von knapp 9.400 im Jahr 2001 auf gut 13.800 in 2013, das war ein Anstieg von knapp 48 Prozent.
- Der Anteil der Pflegefachkräfte an der Gesamtzahl aller Beschäftigten betrug bei den ambulanten Pflegeeinrichtungen (Pflegediensten) gut 47 Prozent und in stationären Pflegeeinrichtungen etwas mehr als 30 Prozent.
- Die Zahl der Altenpflegerinnen und Altenpfleger in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist von knapp 5.200 im Jahr 2001 bis 2013 auf fast 8.800 gestiegen, das war ein Anstieg von fast 69 Prozent.
- Fast 63 Prozent aller Beschäftigten in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen waren teilzeitbeschäftigt, in ambulanten Pflegeeinrichtungen allein lag der Anteil sogar bei 78 Prozent.
- Ungefähr 20 Prozent der Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen waren 55 Jahre und älter (gut 8.000 Beschäftigte).
- Die Zahl der Auszubildenden in der Altenpflege (einschließlich Altenpflegehilfe) ist von rund 1.350 in 2008 bis 2014 um fast 67 Prozent gestiegen auf rund 2.250 Auszubildende.

Pflegeberufe, und hier besonders der Altenpflegeberuf, zählen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels mit zu den wichtigsten Dienstleistungsberufen. Engagierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unverzichtbar. Die öffentlich geführte Diskussion über den Fachkräftemangel in einzelnen Branchen – aber insbesondere in der Pflege – ist allen bekannt und daher wird das Thema Mitarbeitergewinnung und Mitarbeiterbindung noch an Bedeutung zunehmen.

Der Rückgang der Geburtenzahlen einerseits und die Zunahme des Anteils Älterer sowie die Erhöhung der durch-

schnittlichen Lebenserwartung andererseits machen sich ganz besonders in der Pflege bemerkbar. Alle Beteiligten sollten daher in gemeinsamer Verantwortung die vielschichtigen Seiten dieses Berufes noch deutlicher hervorheben. Denn der Pflegeberuf ist interessant und abwechslungsreich, sehr verantwortungsvoll und zukunftssicher.

### Rund 39.800 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen

Mitte Dezember 2013 beschäftigten die in Schleswig-Holstein ansässigen ambulanten und stationären Pflege-

Gebiet	Beschäftigte		
	insgesamt	davon in	
		ambulanten Diensten	stationären Pflegeeinrichtungen
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>39 785</b>	<b>10 078</b>	<b>29 707</b>
Flensburg	1 196	431	765
Kiel	2 958	1 354	1 604
Lübeck	3 398	721	2 677
Neumünster	1 149	309	840
Dithmarschen	2 066	450	1 616
Herzogtum Lauenburg	2 885	835	2 050
Nordfriesland	2 041	521	1 520
Ostholstein	3 057	619	2 438
Pinneberg	3 603	1 049	2 554
Plön	1 584	337	1 247
Rendsburg-Eckernförde	3 401	775	2 626
Schleswig-Flensburg	3 185	780	2 405
Segeberg	3 879	640	3 239
Steinburg	1 954	478	1 476
Stormarn	3 429	779	2 650

Tabelle 13: Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten Quelle: Statistikamt Nord

einrichtungen zusammen rund 39.800 Personen. Davon waren rund ein Viertel (knapp 10.100 Beschäftigte) in ambulanten Pflegediensten tätig, etwa drei Viertel (gut 29.700 Beschäftigte) in stationären Pflegeeinrichtungen. Im Durchschnitt hatte ein Pflegedienst knapp 25, eine stationäre Pflegeeinrichtung etwas mehr als 44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Setzt man die Gesamtzahl des Personals in Pflegeeinrichtungen ins Verhältnis zur Gesamtzahl der an Arbeitsorten in Schleswig-Holstein Erwerbstätigen, dann ergibt sich ein Anteil von ca. drei Prozent.

### Zahl der Beschäftigten in der Pflege seit 2001 um über 31 Prozent gestiegen

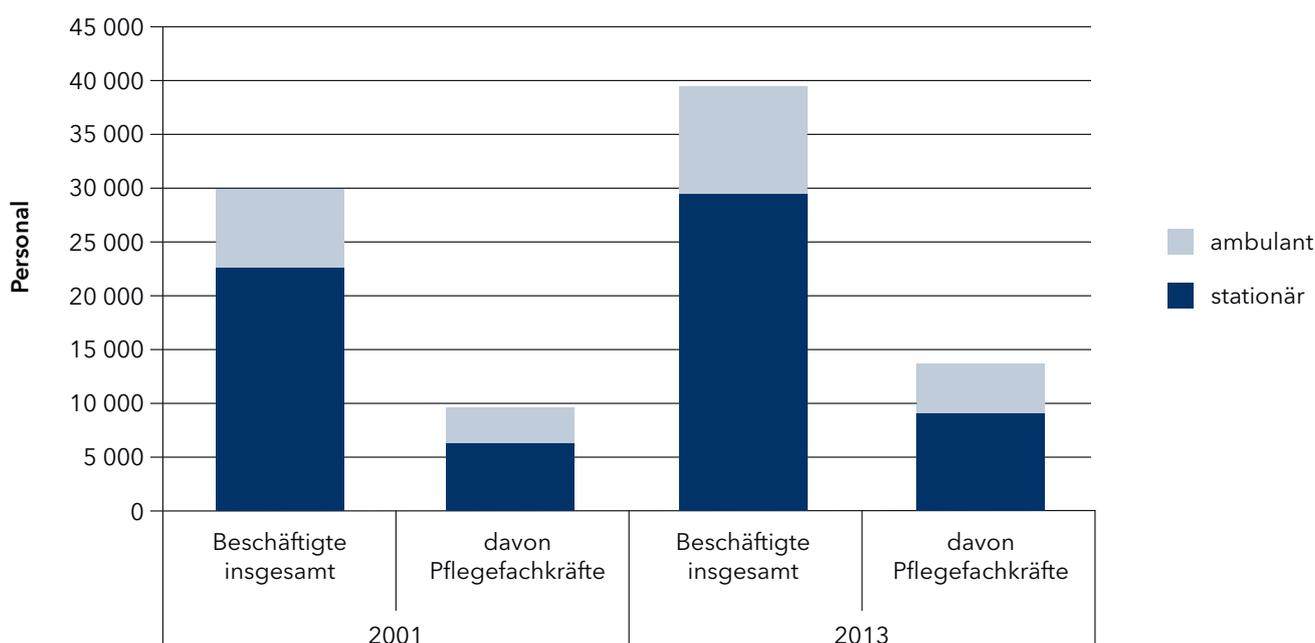
**Betrachtet man die Entwicklung seit dem Jahr 2001, dann ist die Gesamtzahl der in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen Beschäftigten um knapp 9.500 Personen gestiegen. Das entspricht einer Steigerung um etwas mehr als 31 Prozent. Der Anteil an den Erwerbstätigen an Arbeitsorten im Land erhöhte sich damit von nicht ganz zweieinhalb auf rund drei Prozent.**

2001 waren rund 30.300 Personen in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen tätig, davon waren fast 9.400 Pflegefachkräfte in Anlehnung an § 71 Abs. 3 Satz 1 SGB XI (Nach § 71 Abs. 3 Satz 1 SGB XI ist der Abschluss

einer Ausbildung als Gesundheits- und Krankenpflegerin/ Gesundheits- und Krankenpfleger, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin/ Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger oder Altenpflegerin/ Altenpfleger eine Voraussetzung für die Anerkennung als verantwortliche Pflegefachkraft). Bis zum Jahr 2013 ist die Gesamtzahl der Beschäftigten in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen auf rund 39.800 angestiegen. Die Zahl der Pflegefachkräfte hat sich im Vergleich zu 2001 um rund 4.500 Personen auf knapp 14.000 Personen erhöht. Dies entspricht einer Steigerung um über 47 Prozent im Vergleich zum Jahr 2001. Der prozentuale Anteil von Pflegefachkräften an der Gesamtzahl der Beschäftigten in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist damit von knapp 31 Prozent in 2001 auf fast 35 Prozent im Jahr 2013 gestiegen.

Betrachtet man nur den ambulanten Bereich, dann hat sich die Zahl der Pflegefachkräfte in ambulanten Pflegediensten von 2001 bis 2013 um fast 71 Prozent erhöht. Der Anteil von Pflegefachkräften an der Gesamtzahl der Beschäftigten in ambulanten Pflegediensten ist damit gegenüber 2001 um fast 10 Prozentpunkte gestiegen und betrug 2013 knapp 48 Prozent.

Im stationären Bereich hat sich die Zahl der Pflegefachkräfte im gleichen Zeitraum um fast 38 Prozent erhöht, der Anteil der Pflegefachkräfte in stationären Pflegeeinrichtungen ist damit von knapp 29 Prozent auf etwas über 30 Prozent gestiegen.



Grafik 11: Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2001 und 2013

Quelle: Pflegestatistik, eigene Berechnungen

Berufsabschluss	2001	2013
<b>Insgesamt</b>	<b>30 293</b>	<b>39 785</b>
davon		
<b>Pflegefachkräfte</b>	<b>9 360</b>	<b>13 816</b>
davon		
staatlich anerkannte/r Altenpfleger/in	5 196	8 776
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	3 892	4 725
Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in	272	315
<b>sonstige Kräfte</b>	<b>20 933</b>	<b>25 969</b>
davon		
staatlich anerkannte/r Altenpflegehelfer/in	822	2 468
Krankenpflegehelfer/in	1 755	1 259
Heilerziehungepfleger/in, Heilerzieher/in	51	99
Heilerziehungspflegehelfer/in	35	22
Heilpädagogin, Heilpädagoge	97	14
Ergotherapeut/in	232	468
Physiotherapeut/in (Krankengymnast/in)	. <sup>1)</sup>	55
sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	318	347
sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	203	235
Familienpfleger/in mit staatlichem Abschluss	92	73
Dorfhelfer/in mit staatlichem Abschluss	5	13
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	57	182
sonstiger pflegerischer Beruf	4 001	4 356
Fachhauswirtschafter/in für ältere Menschen	98	105
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	1 253	1 879
sonstiger Berufsabschluss	6 913	9 066
ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung <sup>2)</sup>	5 001	5 328

Tabelle 14: Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Berufsabschluss

1) Zahlenwert unbekannt

2) 2013: ohne Berufsabschluss: 3527, Auszubildende/-r, Umschüler/-in: 1801

Quelle: Pflegestatistik 2013, eigene Berechnungen

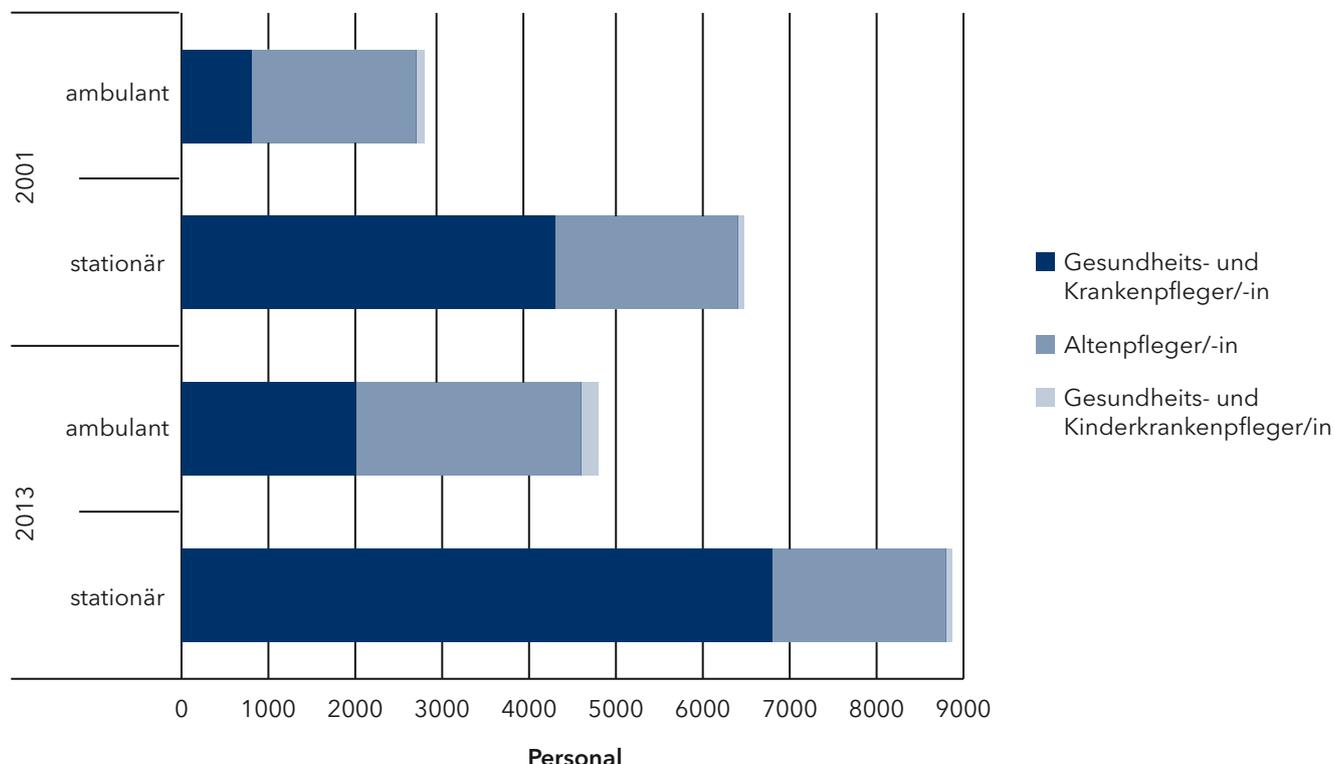
### Mehr Altenpflegerinnen und Altenpfleger in der Pflege

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht, welchen Anteil die drei Berufsgruppen Altenpflegerin/ Altenpfleger, Gesundheits- und Krankenpflegerin/ Gesundheits- und Krankenpfleger und Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin/ Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger an der Gesamtzahl der Pflegefachkräfte im ambulanten und im stationären Bereich hatten und wie sich ihre Anzahl von 2001 bis 2013 entwickelt hat. Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger waren nur in sehr geringer Zahl in Pflegeeinrichtungen tätig. Der überwiegende Teil der Fachkräfte in Pflegeeinrichtungen hat einen Berufsabschluss als Altenpflegerin/ Altenpfleger oder Gesundheits- und Krankenpflegerin/ Gesundheits- und Krankenpfleger.

Bei den ambulanten Pflegediensten stellten 2001 die Gesundheits- und Krankenpflegerinnen/ Gesundheits- und Krankenpfleger mit gut 63 Prozent noch den überwiegenden Teil der Pflegefachkräfte. 2013 hat sich dieser Anteil

jedoch deutlich verringert auf etwas mehr als 54 Prozent. Dagegen hat sich die Zahl der bei ambulanten Pflegediensten tätigen Altenpflegerinnen und Altenpfleger im Zeitraum 2001 bis 2013 mehr als verdoppelt, so dass 2013 gut 41 Prozent der eingesetzten Pflegefachkräfte Altenpflegerinnen/ Altenpfleger waren.

Im stationären Bereich war die Ausgangslage 2001 umgekehrt. Hier stellten im Jahr 2001 die Altenpflegerinnen/ Altenpfleger mit einem Anteil von fast zwei Drittel der Fachkräfte den überwiegenden Teil der Pflegefachkräfte. Bis 2013 ist dieser Anteil noch weiter gestiegen. Die Zahl der Altenpflegerinnen und Altenpfleger stieg gegenüber 2001 um gut 57 Prozent, so dass im Jahr 2013 über drei Viertel der Pflegefachkräfte im stationären Bereich Altenpflegerinnen/ Altenpfleger waren. Die Zahl der in stationären Pflegeeinrichtungen tätigen Gesundheits- und Krankenpflegerinnen/ Gesundheits- und Krankenpfleger ist dagegen 2013 gegenüber 2001 nahezu gleich geblieben, so dass ihr Anteil an den Pflegefachkräften von gut 32 Prozent auf in 2013 knapp 24 Prozent zurückgegangen ist.



Grafik 12: Pflegefachkräfte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Berufsabschlüssen

Quelle: Pflegestatistik 2013, eigene Berechnungen

## Ein Drittel der Beschäftigten ist vollzeitbeschäftigt

Die Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein gingen im Dezember 2013 zu knapp einem Drittel einer Vollzeitbeschäftigung nach. Fast 63 Prozent waren in Teilzeit tätig, bei den übrigen rund fünf Prozent handelte es sich um Auszubildende, Umschülerinnen und Umschüler, Helferinnen und Helfer im freiwilligen

sozialen Jahr oder Bundesfreiwilligendienst sowie um Praktikantinnen und Praktikanten.

In allen Kreisen und kreisfreien Städten stellte das in Teilzeit tätige Personal die große Mehrheit der Beschäftigten. Den höchsten Anteil an Vollzeitbeschäftigten gab es im Kreis Ostholstein (gut 42 Prozent) und im Kreis Segeberg (knapp 40 Prozent). Am niedrigsten war der Anteil mit jeweils knapp 23 Prozent in der Stadt Flensburg und im Kreis Schleswig-Flensburg.

Gebiet	Beschäftigte in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen											
	insgesamt		darunter				Veränderung 2001 - 2013					
			Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte		insgesamt		Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte	
	2001	2013	2001	2013	2001	2013			Anzahl	in %	Anzahl	in %
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl						
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>30 293</b>	<b>39 785</b>	<b>13 426</b>	<b>12 799</b>	<b>15 656</b>	<b>24 938</b>	<b>9 492</b>	<b>31</b>	<b>- 627</b>	<b>- 5</b>	<b>9 282</b>	<b>59</b>
Flensburg	968	1 196	511	274	444	839	228	24	- 237	-46	395	89
Kiel	2 126	2 958	819	758	1 172	2 048	832	39	- 61	- 7	876	75
Lübeck	2 542	3 398	1 122	1 178	1 338	2 031	856	34	56	5	693	52
Neumünster	905	1 149	401	423	438	657	244	27	22	5	219	50
Dithmarschen	1 391	2 066	556	526	748	1 400	675	49	- 30	- 5	652	87
Hzgt. Lauenburg	2 118	2 885	879	971	1 135	1 773	767	36	92	10	638	56
Nordfriesland	1 380	2 041	569	559	754	1 403	661	48	- 10	- 2	649	86
Ostholstein	2 291	3 057	1 197	1 289	1 037	1 603	766	33	92	8	566	55
Pinneberg	2 484	3 603	1 097	1 243	1 298	2 224	1 119	45	146	13	926	71
Plön	1 145	1 584	391	520	708	975	439	38	129	33	267	38
Rd.-Eckernförde	2 806	3 401	1 171	891	1 515	2 315	595	21	- 280	- 24	800	53
Schleswig-Fl.	2 952	3 185	1 215	730	1 642	2 263	233	8	- 485	- 40	621	38
Segeberg	3 113	3 879	1 567	1 534	1 447	2 170	766	25	- 33	- 2	723	50
Steinburg	1 533	1 954	712	674	772	1 186	421	27	- 38	- 5	414	54
Stormarn	2 539	3 429	1 219	1 229	1 208	2 051	890	35	10	1	843	70

Tabelle 15: Beschäftigte in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Beschäftigungsumfang und Kreisen und kreisfreien Städten

Quelle: Statistikamt Nord

### Personalzuwachs durch mehr Teilzeitkräfte

Die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen ist weitgehend auf die Zunahme bei der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. In diesem Bereich stieg die Zahl der Beschäftigten um fast 9.300 oder gut 59 Prozent. Demgegenüber errechnet sich für die Vollzeitbeschäftigung ein Rückgang um etwas mehr als 600 Personen oder knapp fünf Prozent. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels liegt hier noch Potential, um auch zukünftig ausreichend Beschäftigte in der Pflege zur Verfügung zu haben. Durch Änderung der Rahmenbedingungen könnte die Vollzeitbeschäftigung ausgebaut werden.

### Mehr Beschäftigte in allen Regionen

Zwischen 2001 und 2013 ist in allen Kreisen und kreisfreien Städten die Zahl der Beschäftigten in der Altenpflege gestiegen. In den Kreisen Dithmarschen, Nordfriesland und Pinneberg lag der Zuwachs jeweils zwischen 45 und 49 Prozent. Die mit Abstand geringste Zuwachsrate verzeichnete der Kreis Schleswig-Flensburg mit nicht ganz

acht Prozent. Insgesamt lag der Anstieg der Beschäftigtenzahl in sechs Kreisen und kreisfreien Städten unter und in neun Kreisen und kreisfreien Städten über dem Landesdurchschnitt (31 Prozent).

### Pflegedienste – Mehr als drei Viertel der Beschäftigten teilzeitbeschäftigt

Die Personalstruktur der ambulanten Pflegeeinrichtungen ist stark von Teilzeitbeschäftigung dominiert. 78 Prozent der dort Tätigen arbeiteten 2013 in Teilzeit, knapp 20 Prozent hatte eine volle Stelle. Auszubildende, Umschülerinnen und Umschüler, Praktikantinnen und Praktikanten sowie freiwillige Helferinnen und Helfer hatten mit gut zwei Prozent einen geringen Anteil.

Die Personalsituation der Pflegedienste war in allen Kreisen und kreisfreien Städten von Teilbeschäftigung bestimmt. Für die Kreise Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg errechnet sich ein Teilzeitbeschäftigtenanteil von jeweils fast 85 Prozent. In Ostholstein belief er sich dagegen auf knapp 72 Prozent, in Lübeck auf 64 Prozent.

Gebiet	insgesamt	darunter <sup>1)</sup>		Anteil in %	
		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>10 078</b>	<b>1 980</b>	<b>7 878</b>	<b>19,6</b>	<b>78,2</b>
Flensburg	431	56	364	13,0	84,5
Kiel	1 354	247	1 065	18,2	78,7
Lübeck	721	242	461	33,6	63,9
Neumünster	309	68	239	22,0	77,3
Dithmarschen	450	81	362	18,0	80,4
Herzogtum Lauenburg	835	167	641	20,0	76,8
Nordfriesland	521	113	395	21,7	75,8
Ostholstein	619	161	444	26,0	71,7
Pinneberg	1 049	218	808	20,8	77,0
Plön	337	60	271	17,8	80,4
Rendsburg-Eckernförde	775	97	657	12,5	84,8
Schleswig-Flensburg	780	109	660	14,0	84,6
Segeberg	640	120	513	18,8	80,2
Steinburg	478	70	399	14,6	83,5
Stormarn	779	171	599	22,0	76,9

Tabelle 16: **Beschäftigte in ambulanten Pflegediensten** in Schleswig-Holstein 2013 nach Beschäftigungsumfang und Kreisen und kreisfreien Städten

1) ohne Auszubildende, Umschülerinnen und Umschüler, Helferinnen und Helfer im freiwilligen sozialen Jahr oder Bundesfreiwilligendienst, Praktikantinnen und Praktikanten außerhalb einer Ausbildung

Quelle: Statistikamt Nord

## Rund 57 Prozent Teilzeitbeschäftigte in der stationären Pflege

Auch unter den in den stationären Pflegeeinrichtungen Schleswig-Holsteins Beschäftigten waren Teilzeitkräfte in der Mehrheit; sie stellten etwas mehr als 57 Prozent des Personals. Gut 36 Prozent waren vollzeitbeschäftigt und rund sechs Prozent waren Auszubildende, Umschülerinnen und Umschüler, Praktikantinnen und Praktikanten sowie freiwillige Helferinnen und Helfer.

Regional betrachtet lag der Teilzeitbeschäftigtenanteil in 13 der 15 Kreise und kreisfreien Städte über 50 Prozent. Den höchsten Anteil hatten Schleswig-Flensburg und Nordfriesland, wo rund zwei Drittel aller Beschäftigten in Teilzeit tätig waren. In Neumünster und Ostholstein waren es hingegen jeweils nur etwas weniger als die Hälfte.



© Robert Kneschke - fotolia.com

Gebiet	insgesamt	darunter <sup>1)</sup>		Anteil in %	
		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>29 707</b>	<b>10 819</b>	<b>17 060</b>	<b>36,4</b>	<b>57,4</b>
Flensburg	765	218	475	28,5	62,1
Kiel	1 604	511	983	31,9	61,3
Lübeck	2 677	936	1 570	35,0	58,6
Neumünster	840	355	418	42,3	49,8
Dithmarschen	1 616	445	1 038	27,5	64,2
Herzogtum Lauenburg	2 050	804	1 132	39,2	55,2
Nordfriesland	1 520	446	1 008	29,3	66,3
Ostholstein	2 438	1 128	1 159	46,3	47,5
Pinneberg	2 554	1 025	1 416	40,1	55,4
Plön	1 247	460	704	36,9	56,5
Rendsburg-Eckernförde	2 626	794	1 658	30,2	63,1
Schleswig-Flensburg	2 405	621	1 603	25,8	66,7
Segeberg	3 239	1 414	1 657	43,7	51,2
Steinburg	1 476	604	787	40,9	53,3
Stormarn	2 650	1 058	1 452	39,9	54,8

Tabelle 17: **Beschäftigte in stationären Pflegeeinrichtungen** in Schleswig-Holstein 2013 nach Beschäftigungsumfang und Kreisen und kreisfreien Städten

<sup>1)</sup> ohne Auszubildende, Umschülerinnen und Umschüler, Helferinnen und Helfer im freiwilligen sozialen Jahr oder Bundesfreiwilligendienst, Praktikantinnen und Praktikanten außerhalb einer Ausbildung

Quelle: Statistikamt Nord

### Ein Fünftel der Beschäftigten 55 Jahre oder älter

**2013 liefert die Pflegestatistik erstmals Daten zur Altersstruktur der Beschäftigten. Fast 72 Prozent der in Pflegeeinrichtungen Beschäftigten befand sich im Alter von 25 bis unter 55 Jahren. Ungefähr ein Fünftel der Beschäftigten war 55 Jahre oder älter. Der Anteil der jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter 25 Jahren belief sich auf etwas mehr als acht Prozent.**

schäftigten der Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen in Neumünster und in Dithmarschen. Der Anteil der älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lag hier deutlich unter, der Anteil der jüngeren Beschäftigten über dem Landesdurchschnitt. Zu den Kreisen mit einer überalterten Personalstruktur (Anteil der unter 25jährigen unter dem Landeswert, Anteil der ab 55jährigen Beschäftigten über dem Landeswert) zählten Nordfriesland, Pinneberg, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Stormarn.

In regionaler Betrachtung zeigen sich meist nur geringe Abweichungen. Vergleichsweise jung waren die Be-

Gebiet	Beschäftigte insgesamt	davon im Alter von ... Jahren					
		unter 25	25 - 55	55 und mehr	unter 25	25 - 55	55 und mehr
		absolut			in %		
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>39 785</b>	<b>3 312</b>	<b>28 448</b>	<b>8 025</b>	<b>8,3</b>	<b>71,5</b>	<b>20,2</b>
Flensburg	1 196	107	824	265	8,9	68,9	22,2
Kiel	2 958	244	2 161	553	8,2	73,1	18,7
Lübeck	3 398	318	2 432	648	9,4	71,6	19,1
Neumünster	1 149	124	836	189	10,8	72,8	16,4
Dithmarschen	2 066	225	1 473	368	10,9	71,3	17,8
Hzgt. Lauenburg	2 885	250	2 057	578	8,7	71,3	20,0
Nordfriesland	2 041	161	1 408	472	7,9	69,0	23,1
Ostholstein	3 057	285	2 222	550	9,3	72,7	18,0
Pinneberg	3 603	242	2 622	739	6,7	72,8	20,5
Plön	1 584	117	1 120	347	7,4	70,7	21,9
Rendsburg-Eckernf.	3 401	233	2 422	746	6,9	71,2	21,9
Schleswig-Flensburg	3 185	273	2 218	694	8,6	69,6	21,8
Segeberg	3 879	315	2 769	795	8,1	71,4	20,5
Steinburg	1 954	154	1 442	358	7,9	73,8	18,3
Stormarn	3 429	264	2 442	723	7,7	71,2	21,1

Tabelle 18: Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2013 nach Altersgruppen und Kreisen und kreisfreien Städten

Quelle: Statistikamt Nord

### Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden in der Altenpflege

**Die Zahl der Auszubildenden zur Altenpflegerin/ zum Altenpfleger in Schleswig-Holstein ist von 2008 bis 2014 um 58 Prozent - und damit um mehr als die Hälfte - gestiegen.**

Die Auszubildendenzahl in der Altenpflegehilfe hat sich im Zeitraum 2008 bis 2011 verdoppelt und bewegt sich seitdem im Bereich von über 400 Auszubildenden. Der Anteil der Auszubildenden in der Altenpflegehilfe an der Gesamtzahl der Auszubildenden in der Altenpflege hat sich von 15 Prozent im Jahr 2008 auf gut 19 Prozent in 2014 erhöht.

In Tabelle 19 und Grafik 13 ist die Entwicklung der Ausbildungszahlen in der Altenpflege und Altenpflegehilfe seit 2008 dargestellt (ab 2008 liegen differenzierte Zahlen für Altenpflegehilfe und Altenpflege vor). Insgesamt hat sich die Zahl aller Auszubildenden um rund 67 Prozent im Vergleich zu 2008 erhöht.

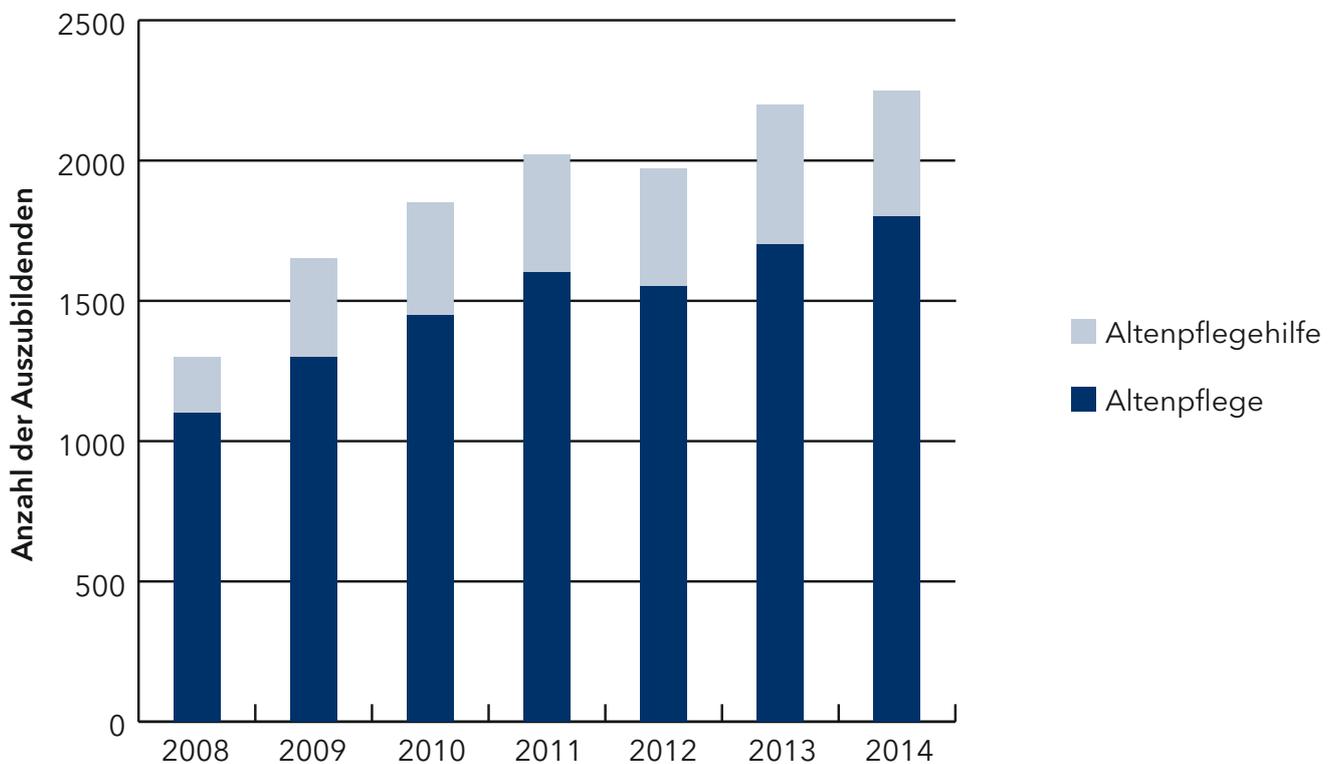
(Der leichte Rückgang im Jahr 2012 ist im Zusammenhang damit zu sehen, dass Umschulungen durch die Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2011 und 2012 nur zweijährig gefördert werden konnten.)

Jahr	Altenpflege	Altenpflegehilfe	insgesamt
2008	1 148	201	1 349
2009	1 362	302	1 664
2010	1 490	379	1 869
2011	1 610	406	2 016
2012	1 550	414	1 964
2013	1 700	487	2 187
2014	1 814	437	2 251

Tabelle 19: Entwicklung der Zahl der Auszubildenden in Schleswig-Holstein im Bereich der Altenpflege seit 2008

Quelle: eigene Berechnungen

Diese gute Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Landesregierung die Altenpflegeausbildung noch in dieser Legislaturperiode für alle Auszubildenden kostenfrei gestalten will und hierfür die Haushaltsmittel deutlich von rd. 3,7 Mio. Euro in 2008 auf 5,4 Mio. Euro erhöht hat (Erhöhung um 46 Prozent). Dadurch konnte die Zahl der landesgeförderten schulischen Ausbildungsplätze in der Altenpflege in den Jahren 2013 und 2014 jeweils um 200 Plätze auf 1.400 bzw. 1.600 Plätze erhöht werden, wodurch erste Erfolge zur Fachkräftesicherung erzielt wurden. Im Jahre 2015 ist eine weitere Erhöhung um 200 Plätze auf aktuell 1.800 Plätze erfolgt.



Grafik 13: Entwicklung der Zahl der Auszubildenden in Schleswig-Holstein im Bereich der Altenpflege seit 2008

Quelle: eigene Berechnungen

## VI. Prävalenz der Pflegebedürftigkeit

### Im Überblick

- Die statistische Wahrscheinlichkeit, im Alter pflegebedürftig zu sein, hat sich von 2001 bis 2013 verringert.
- Die Pflegeprävalenz ist bei Frauen in allen Altersgruppen ab 75 Jahren gesunken.
- Bei Männern ist die Pflegeprävalenz in den Altersgruppen zwischen 75 und bis unter 90 Jahren gesunken, einen Anstieg gab es nur in der Altersgruppe 90 Jahre und älter.
- 2013 lag die Gesamtzahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein um rd. 8.000 niedriger als nach Prognosen auf der Grundlage der Statistik von 2001 zu erwarten war.

Die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung ist seit Einführung der Pflegestatistik im Jahr 1999 stetig gestiegen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass Prognosen durch Fortschreibungen unter Zugrundelegung der Zahlen der Bevölkerungsentwicklung und der Pflegequoten der Pflegestatistik nicht der tatsächlichen Entwicklung entsprechen.

**Die Annahmen zur Wahrscheinlichkeit einer Pflegebedürftigkeit im Alter müssen überdacht werden. Wie die Auswertung der Entwicklung der Pflegeprävalenz zwischen 2001 und 2013 zeigt, hat sich statistisch die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu sein, für ältere Menschen verringert.**

Zur Vergleichbarkeit der Daten sind für 2013 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz nicht in die Berechnung einbezogen, da diese Gruppe 2001 noch nicht erfasst wurde.

Außerdem sind durch den Zensus 2011 die der Berechnung der Pflegeprävalenz zugrunde liegenden Bevölkerungszahlen bereinigt worden. Insbesondere in den hohen Altersgruppen mussten die auf Basis der Volkszählung 1987 fortgeschriebenen Einwohnerzahlen nach unten korrigiert werden. Es ist zu vermuten, dass auch die Einwohnerzahlen von 2001 ein wenig überhöht waren, so dass die für 2001 berechneten Pflegequoten als etwas zu niedrig anzusehen sind. Der tatsächliche Rückgang der Pflegebedürftigkeit ist daher möglicherweise noch größer.

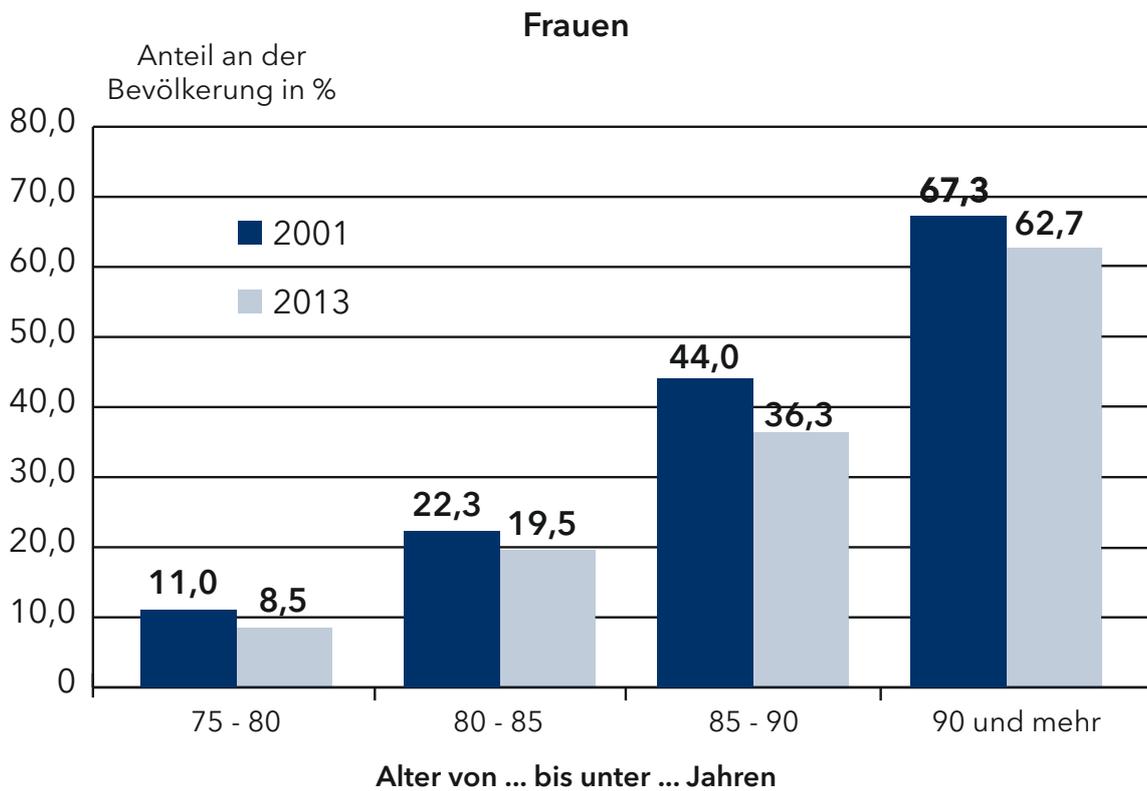
### Die Pflegeprävalenz der ab 75jährigen ist rückläufig

Zwischen 2001 und 2013 ist die Pflegequote bei Männern und Frauen in den meisten Altersgruppen zurückgegangen. Lediglich für Männer im Alter von 90 und mehr Jahren errechnet sich eine Zunahme, die allerdings durch statistische Bereinigungen der Einwohnerzahl im Zuge der „Bevölkerungsinventur“ des Zensus 2011 bedingt ist. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Pflegeprä-

valenz bei 85 bis unter 90jährigen Frauen. 2001 erhielten 44 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe Leistungen der Pflegeversicherung, 2013 dagegen gut 36 Prozent. Die Pflegequote der weiblichen Bevölkerung ab 90 Jahren verringerte sich im gleichen Zeitraum von gut 67 auf fast 63 Prozent. Auch bei den Männern sank der Anteil der Leistungsbezieher in den meisten Altersgruppen, am stärksten bei den 85 bis unter 90jährigen, und zwar von gut 29 auf etwas mehr als 25 Prozent.

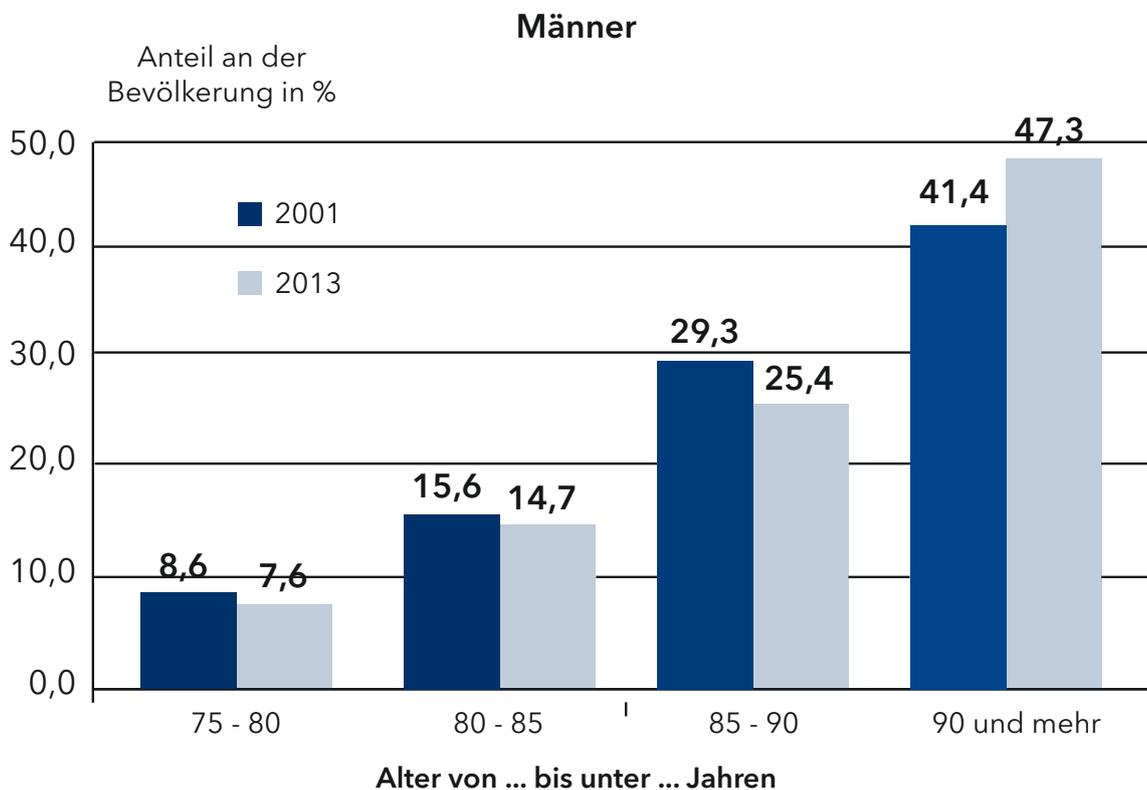
### Weniger Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger als erwartet

**Hätte sich das alters- und geschlechtsspezifische Pflegerisiko seit 2001 nicht geändert, läge die Zahl der ab 75jährigen Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung 2013 bei gut 63.000 und damit um rund 8.000 oder ungefähr 14 Prozent über der tatsächlichen Zahl laut Pflegestatistik im Dezember 2013.**



Grafik 14: Anteil der Leistungsempfängerinnen an der Bevölkerung gleichen Alters und Geschlechts in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach ausgewählten Altersgruppen

Quelle: Statistikamt Nord



Grafik 15: Anteil der Leistungsempfänger an der Bevölkerung gleichen Alters und Geschlechts in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach ausgewählten Altersgruppen

Quelle: Statistikamt Nord

## VII. Ausblick

### Im Überblick

- Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff werden das Ausmaß der Selbständigkeit des pflegebedürftigen Menschen und die Orientierung an (verbliebenen) Ressourcen in den Mittelpunkt gerückt. Dies entspricht sowohl einem zeitgemäßen Altersbild als auch dem pflegfachlich aktuellen Stand und fördert die Selbstbestimmung und Teilhabe älterer Menschen mit Pflegebedarf.
- Frühzeitige und wohnortnahe Beratung unterstützt den Erhalt der Selbständigkeit im Alter und trägt zur Entlastung pflegender Angehöriger bei.
- Zur Deckung zukünftiger Pflegebedarfe müssen Selbsthilfepotenziale gefördert und pflegende Angehörige entlastet werden. Nachbarschaftliche

Unterstützung und Angebote ehrenamtlicher, semiprofessioneller und professioneller Pflege sowie Unterstützung sind weiterzuentwickeln und miteinander zu vernetzen.

- Ausbildung und Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen zukunftsfest gestaltet werden durch Kostenfreiheit der Ausbildung, Zusammenführung der Kranken- und Altenpflegeausbildungen und Entbürokratisierung der Pflege.
- Die Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen müssen gestärkt werden, um vor Ort bedarfsgerechte sozialraumorientierte Angebote auszubauen.

### Ein zeitgemäßes Altersbild etablieren

Wer das Ziel verfolgt, Altenhilfestrukturen zu schaffen, die es erlauben, bei Pflege- und Unterstützungsbedarf so lange wie möglich selbstbestimmt in der eigenen Häuslichkeit verbleiben zu können und am Leben in der gewohnten Form teilzunehmen, muss überholte Altersbilder und Rollenklischees überwinden, die auf Wahrnehmungen früherer Generationen beruhen. Den demografischen Wandel zu gestalten bedeutet, die Potenziale, Fähigkeiten, Kompetenzen und das Vermögen aller Gesellschaftsgruppen und Altersstufen zu erkennen und die Selbst- und Mitverantwortung in möglichst vielen gesellschaftlichen Belangen und im sozialen Nahraum zu fördern, auch für Menschen mit Pflegebedarf.

In diesem Kontext wird die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs eine wesentliche Rolle spielen. Die Definition der Pflegebedürftigkeit im SGB XI wird seit Einführung der Pflegeversicherung kritisch diskutiert. Die vorgenommene Definition wird als zu eng, zu verrichtungsbezogen und zu einseitig somatisch bewertet. Als Folge werden u.a. Kommunikation und soziale Teilhabe ausgeblendet und die Anforderungen an allgemeiner Betreuung und Anleitung von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz zu wenig berücksichtigt (BMG 2009). Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der zum 1. Januar 2017 wirksam wird, ist charakterisiert durch die Abkehr von einem defizitorientierten Bild des Menschen mit Pflegebedarf und geprägt durch ein Verständnis, dass das Ausmaß seiner Selbständigkeit sichtbar macht und jeweils vorhandene Ressourcen sowie Fähigkeiten stärkt. Dies entspricht sowohl einem zeitgemäßen Altersbild als auch dem pflegfachlich aktuellen Stand.

In der notwendigen Auseinandersetzung über zukunfts-fähige Unterstützungs- und Pflegestrukturen teilt die Landesregierung die Auffassung der Autoren des Sechsten Altenberichts „Altersbilder in der Gesellschaft“, dass auf Unterstützung und Pflege angewiesene Menschen das Recht haben, als Individuum wahrgenommen zu werden und sich nicht über ihre Behinderung und ihren Unterstützungsbedarf definieren lassen zu müssen. Deshalb wird die Forderung aus dem sechsten Altenbericht aufgegriffen, auf den Begriff „Pflegefall“ sowohl im Recht als auch in der öffentlichen Kommunikation konsequent zu verzichten. In diesem Bericht wird in Analogie zum Sprachgebrauch „Menschen mit Behinderung“ der Begriff „Menschen mit Pflegebedarf“ gewählt.

Zu einem zeitgemäßen Verständnis gehört es auch, dass zukünftig den genderbezogenen Unterstützungs- und Begleitungsaspekten in der Pflegeberatung und in der pflegerischen Aus- und Fortbildung mehr Beachtung geschenkt werden muss. Bisher wurde die notwendige Pflege und Unterstützung sowohl im beruflichen als auch privaten Bereich im weit überwiegenden Teil von Frauen geleistet. Laut Statistischem Bundesamt (2012) lag der Anteil männlicher Ausbildungsanfänger in Pflegeberufen im Jahr 2011 bei 21 Prozent. Im Vergleich von 10 Jahren beinhaltet das einen Zuwachs von 69 Prozent. Bei den pflegenden Angehörigen stieg der Anteil der pflegenden Männer von 17 Prozent im Jahr 1991 auf 37 Prozent im Jahr 2010 (Langehennig, Betz, Dorsch 2012: 15). Männer pflegen in der Regel ihre (Ehe-) Partnerinnen. Pflegenden Männer binden in der Regel meist frühzeitig fremde Hilfen ein und sind an Informations- bzw. Fortbildungsangeboten zum Thema Pflege interessiert.

## Selbstbestimmtes Leben durch frühzeitige Information und Beratung fördern

Damit das Ziel gelingt, so lange wie möglich die eigene Häuslichkeit zu erhalten und die Integration im sozialen Umfeld aufrechtzuerhalten, ist eine landesweite, leicht zugängliche, frühzeitige und umfassende Beratung im Vor- und Umfeld von Pflege für Betroffene und Angehörige von größter Bedeutung. Hierbei ist zukünftig der aufsuchenden Beratung noch mehr Gewicht beizumessen.

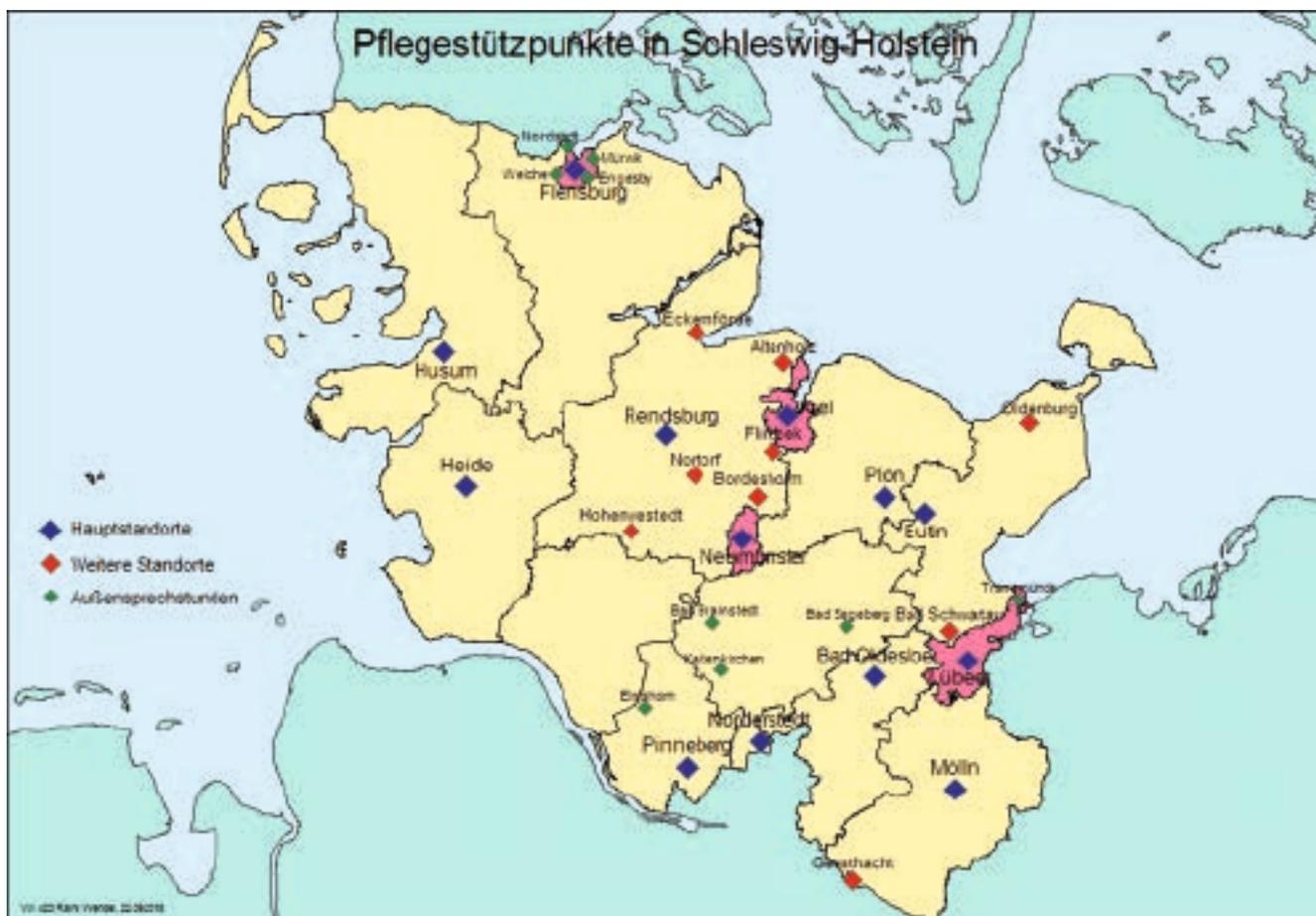
In Schleswig-Holstein ist eine Beratungsstruktur durch Pflegestützpunkte in den Kreisen und kreisfreien Städten aufgebaut worden. Die Pflegestützpunkte beraten unabhängig und umfassend, wohnortnah und kostenfrei. Sie werden gemeinsam von den Kranken- und Pflegekassen und den jeweiligen Kreisen bzw. kreisfreien Städten getragen und gemeinsam von diesen und dem Land finanziert. Es gibt zurzeit 13 Pflegestützpunkte im Land. Landespolitisches Ziel ist ein flächendeckendes Angebot mit einem Pflegestützpunkt in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt. Das Land stellt für den Betrieb der Pflegestützpunkte jährlich knapp 1 Mio. Euro zur Verfügung

und hat entsprechende Haushaltsmittel bis 2019 gebunden, um die Pflegestützpunkte langfristig abzusichern.

Zusätzlich zur persönlichen Beratung in den Pflegestützpunkten steht allen ratsuchenden Bürgerinnen und Bürgern das Internetportal „Wege zur Pflege“ des Sozialministeriums unter [www.pflege.schleswig-holstein.de](http://www.pflege.schleswig-holstein.de) zur Verfügung. In beispielhaften Berichten werden mögliche Wege zu Informationen und Unterstützungsangeboten aufgezeigt. Nutzerinnen und Nutzer erhalten zudem gezielt Informationen und Ansprechpartner zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten in ihrer Region.

## Bessere Rahmenbedingungen für Fachkräfte schaffen

In den kommenden Jahren wird als Folge des demografischen Wandels die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf steigen. Gleichzeitig werden die Anzahl jüngerer Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, und die Anzahl der zur Verfügung stehenden familiären Pflegepersonen sinken.



Grafik 16: Pflegestützpunkte in Schleswig-Holstein

Quelle: MSGWG

Deshalb müssen bei der Fachkräftesicherung alle relevanten Akteure zusammenwirken, um alle Möglichkeiten auszuloten, genügend geeignete und motivierte Pflegekräfte zu finden, das Ansehen der Pflegeberufe zu verbessern und die Rahmen- und Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten. Vor dem Hintergrund des zukünftig sinkenden Anteils jüngerer Menschen auf dem Arbeitsmarkt muss ein Hauptaugenmerk der Einrichtungsträger darauf gelegt werden, dass die Pflegekräfte länger im Beruf verbleiben, nach einer Familienzeit schneller in den Beruf zurückkehren und der Anteil der Vollzeitbeschäftigten erhöht wird. Hier ist insbesondere die Führungsebene der Einrichtungen und Dienste gefordert, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu überprüfen, zu optimieren und damit zu einer stärkeren Bindung der Fachkräfte an den eigenen Betrieb – auch während beruflicher Auszeiten – sowie zur Senkung der Fluktuation beizutragen. Beispielsweise können durch eine flexible Arbeitszeit- und verlässliche Dienstplangestaltung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert werden. Auch die Zahlung einer leistungsgerechten Vergütung und die Gesundheitsförderung dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

Zur Fachkräftesicherung gehört die Durchlässigkeit der Pflegeberufe von der Helferausbildung bis zum akademischen Studium. Die auf Bundesebene anstehende Reform der Pflegeausbildungen (Zusammenlegung der Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung, der Gesundheits- und Kinderkrankenpflegeausbildung sowie der Altenpflegeausbildung zu einer einheitlichen generalistisch ausgerichteten Pflegeausbildung) ist auch ein Beitrag in Richtung Durchlässigkeit und Fachkräftesicherung.

Praxisferne und überbordende Anforderungen an die Pflegedokumentation sind seit vielen Jahren bundesweit ein zentraler Kritikpunkt der Pflegepraxis und seit Jahren auch Thema in der Politik. Im Koalitionsvertrag der die Bundesregierung tragenden Parteien und im Regierungsprogramm der schleswig-holsteinischen Landesregierung wurde eine Begrenzung der Dokumentation auf das Nötigste vereinbart. Seit Anfang 2015 befindet sich ein auf der Bundesebene entwickeltes Projekt zur Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation in der bundesweiten Umsetzung. Mit einer Implementierungsstrategie soll erreicht werden, dass innerhalb von zwei Jahren bundesweit 25 Prozent aller ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen das neue Verfahren übernehmen.

### Zukünftige Strukturen gestalten

Der Erhalt der eigenen Häuslichkeit auch bei Pflegebedarf ist neben der individuellen und sozialen Lebenssituation entscheidend abhängig von der lokalen Infrastruktur, den sozialen Netzwerken und dem vorhandenen Angebot von Pflege- und Unterstützungsleistungen. Bedarfsplanung in der Pflege ist nach den Bestimmungen des Landespflegegesetzes eigenverantwortlich wahrzunehmende Pflichtaufgabe der Kreise und kreisfreien Städte. Das Land gibt jedoch Zielsetzungen und Leitvorstellungen vor. Die Landesregierung spricht sich für eine wohnortorientierte, sozialräumliche Planung aus, die sich an den Gegebenheiten vor Ort, an den Lebenslagen sowie Bedürfnissen und Wünschen der Menschen orientiert. Um eine qualitätsgesicherte Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen für Menschen mit Demenz und die Entwicklung neuer Wohn- und Pflegeformen in Schleswig-Holstein voran zu bringen, hat das Land gemeinsam mit den Pflegekassen das Kompetenzzentrum Demenz errichtet sowie gemeinsam mit dem Forum Pflegegesellschaft die Koordinationsstelle für innovative Wohn-Pflege-Formen im Alter (KIWA) geschaffen.

Zur Stärkung der Rolle der Kommunen hat eine Bund-Länder Arbeitsgruppe Empfehlungen erarbeitet, die im Mai 2015 veröffentlicht wurden. Ziel ist es, die kommunalen Steuerungs- und Planungskompetenzen für die regionale Pflegestruktur zu stärken, die Kommunen mehr in die Strukturen der Pflege einzubinden und Sozialräume so zu gestalten, dass Menschen mit Pflegebedarf so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. Es ist sinnvoll und notwendig, die Kommunen aufgrund ihrer lokalen Kenntnisse und ihren vielfachen Leistungen z. B. im Bereich der Altenhilfe, der Beratung, der Hilfe zur Pflege und dem bürgerschaftlichen Engagement in ihrer Rolle bei der Steuerung im Rahmen einer sozialraumorientierten Strukturplanung zu stärken. Deshalb sind in diesem Bericht zu allen relevanten Bereichen kreisbezogene Angaben enthalten.

Bundes- und landespolitisch ist in den kommenden Jahren verstärkt daran zu arbeiten, dass das Ineinandergreifen von familiärer, nachbarschaftlicher, ehrenamtlicher, semiprofessioneller und professioneller Unterstützung sowie Pflege verbessert wird.

Im Bundesvergleich gibt es in Schleswig-Holstein die höchste stationäre Versorgungsquote, die Auslastung der verfügbaren Plätze in der vollstationären Dauerpflege betrug 86,2 Prozent (Pflegestatistik 15.12.2013). Auch vor dem Hintergrund des dargelegten hohen Anteils an

Beschäftigten in stationären Pflegeeinrichtungen ist im Hinblick auf den demografischen Wandel eine Umstrukturierung hin zu mehr teilstationären und ambulanten Einrichtungen und Diensten erforderlich.

In Schleswig-Holstein haben sich die Vertreterinnen und Vertreter im Landespflegeausschuss auf drei strategische Ziele zur Stärkung der häuslichen Pflege verständigt:

- Selbsthilfepotenziale der Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen zu stärken,
- die bürgerschaftlich-/ nachbarschaftlich motivierte Unterstützungsbereitschaft zu vergrößern und
- die Vernetzung der Pflegearrangements zu verbessern.

Zur Umsetzung dieser Ziele sollen prioritär Maßnahmen entwickelt werden, die die Beratung im Rahmen der Krankenhausversorgung frühzeitiger und systematischer einbinden und die Entlassung in Single-Haushalte verbessern, die aufsuchende Beratung modellhaft ermöglichen und die Qualifizierung von Pflegediensten zur Steuerung der häuslichen Versorgung verbessern. Hierbei sind die Besonderheiten des ländlichen Raums zu berücksichtigen.

Genauso muss es ein gemeinsames Ziel sein, die Vereinbarkeit von Familiensorgearbeit und Berufstätigkeit bei der Unterstützung von Angehörigen von Menschen mit Pflegebedarf noch weiter zu verbessern. Die Verdoppelung der Mittel für die Tages- und Nachtpflege, die aufgrund der Reform des Pflegeversicherungsgesetzes zum 1. Januar 2015 zur Verfügung stehen, sind hierbei ein richtiger Weg. Die ebenfalls mit dieser Reform geschaffenen erweiterten Möglichkeiten der Refinanzierung von (niedrigschwelligen) Betreuungs- und Entlastungsangeboten bilden eine zusätzliche Option, passgenaue Hilfen zur Sicherung der häuslichen Situation zu organisieren. Die gesamte notwendige Strukturentwicklung und Gesetzgebungsverfahren sollten der Prämisse folgen, die Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe älterer Menschen zu fördern. Dazu gehört auch, für ältere Menschen den Zugang zu präventiven und rehabilitativen Maßnahmen zukünftig noch zu verbessern.



# Literaturhinweise

Budroni, B. (2013) Männer in der Pflege – Das seltene Geschlecht? Zeitschrift für die Pflege zu Hause, Heft 1: 4-7

Bundesministerium für Gesundheit (2015) Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Rolle der Kommunen. Pdf 12. Mai 2015

Bundesministerium für Gesundheit (2013) Bericht des Expertenbeirats zur konkreten Ausgestaltung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Broschüre BMG-P-07071

Deutscher Bundestag (2010) Sechster Bericht zur Lage älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland – Altersbilder in der Gesellschaft. Drucksache 17/3815

Langehennig, M.; Betz, D.; Dosch, E. (2012) Männer in der Angehörigenpflege. Weinheim, Basel: Beltz Juventa

MSGWG (2015) Stärkung der häuslichen Pflege. Pdf

Rothgang, H.; Müller, R.; Mundhenk, R.; R. Unger (2014) BARMER GEK Pflegereport. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Band 29. Siegburg, Asgard

Statistisches Bundesamt (2012) Zahl der Woche vom 23. Oktober 2012: 21% der Ausbildungsanfänger in Pflegeberufen sind männlich. Pressestelle, Wiesbaden

# Abbildungsverzeichnis

Grafik 1:	Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein 2013	7
Grafik 2:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Art der Pflegeleistung	7
Grafik 3:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 2013	11
Grafik 4:	Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der Bevölkerung in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten	12
Grafik 5:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Altersgruppen und Geschlecht	13
Grafik 6:	Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung in Schleswig-Holstein 2013 nach Altersgruppen und Geschlecht	14
Grafik 7:	Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Grad der Pflegebedürftigkeit	15
Grafik 8:	Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Art der Pflegeleistung und Kreisen und kreisfreien Städten (in %)	22
Grafik 9:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Grad der Pflegebedürftigkeit	27
Grafik 10:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Art der Pflegeleistung	28
Grafik 11:	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2001 und 2013	32
Grafik 12:	Pflegefachkräfte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Berufsabschlüssen	34
Grafik 13:	Entwicklung der Zahl der Auszubildenden in Schleswig-Holstein im Bereich der Altenpflege seit 2008	39
Grafik 14:	Anteil der Leistungsempfängerinnen an der Bevölkerung gleichen Alters und Geschlechts in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach ausgewählten Altersgruppen	41
Grafik 15:	Anteil der Leistungsempfänger an der Bevölkerung gleichen Alters und Geschlechts in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach ausgewählten Altersgruppen	41
Grafik 16:	Pflegestützpunkte in Schleswig-Holstein	43

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten – 2013 einschließlich Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz	8
Tabelle 2:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten – 2013 ohne Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz	9
Tabelle 3:	Anteil der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger an der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten (in %)	10
Tabelle 4:	Ambulante Pflegedienste und durchschnittlich betreute Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten	17
Tabelle 5:	Stationäre Pflegeeinrichtungen und darin verfügbare Plätze sowie darin verfügbare Plätze je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter ab 65 Jahren in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten	18
Tabelle 6:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Altersgruppen und Kreisen und kreisfreien Städten	20
Tabelle 7:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Geschlecht, Altersgruppen und Kreisen und kreisfreien Städten	21
Tabelle 8:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Art der Pflegeleistung und Kreisen und kreisfreien Städten	23
Tabelle 9:	Zu Hause versorgte Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in Schleswig-Holstein 2013 nach Grad der Pflegebedürftigkeit und Kreisen und kreisfreien Städten (Leistungsempfängerinnen/Leistungsempfänger von ambulanten Leistungen und von ausschließlich Pflegegeld)	24
Tabelle 10:	Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in vollstationärer Pflege („stationär Versorgte“) nach Grad der Pflegebedürftigkeit und Kreisen und kreisfreien Städten	25
Tabelle 11:	Ambulante und stationäre Versorgungsangebote für Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in Schleswig-Holstein 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten	29
Tabelle 12:	Tagespflegeplätze in Schleswig-Holstein nach Kreisen und kreisfreien Städten	30
Tabelle 13:	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2013 nach Kreisen und kreisfreien Städten	31
Tabelle 14:	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Berufsabschluss	33
Tabelle 15:	Beschäftigte in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2001 und 2013 nach Beschäftigungsumfang und Kreisen und kreisfreien Städten	35
Tabelle 16:	Beschäftigte in ambulanten Pflegediensten in Schleswig-Holstein 2013 nach Beschäftigungsumfang und Kreisen und kreisfreien Städten	36
Tabelle 17:	Beschäftigte in stationären Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2013 nach Beschäftigungsumfang und Kreisen und kreisfreien Städten	37
Tabelle 18:	Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 2013 nach Altersgruppen und Kreisen und kreisfreien Städten	38
Tabelle 19:	Entwicklung der Zahl der Auszubildenden in Schleswig-Holstein im Bereich der Altenpflege seit 2008	39







## **Impressum**

### **Herausgeber**

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft  
und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein,  
Adolf-Westphal-Straße 4, 24143 Kiel  
Ansprechpartnerin:  
Karin Knoth, Telefon 0431 988-5353  
E-Mail: [karin.knoth@sozmi.landsh.de](mailto:karin.knoth@sozmi.landsh.de)

### **Bildnachweis**

Titel: [grafikfoto.de](http://grafikfoto.de)  
Innenteil: Olaf Bathke; [fotolia.com](http://fotolia.com)

### **Gestaltung und Druck**

Schmidt&Klaunig, Kiel  
November 2015

### **Die Landesregierung im Internet**

[www.landesregierung.schleswig-holstein.de](http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de)

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.